DM -,50

Mai 1967 9

Aus dem Inhalt: Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition – Karl Marx in Köln – Zehn Thesen zur Parteiendiskussion – Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus – Aufruf „Pro Vietcong - Pro Nordvietnam"

fACIT

Zum 1. Mai

Die Macht verdichtet sich und wird doch brüchiger. Herrschaft wird gewaltsamer, weil sie sich mehr und mehr gefährdet sieht. Nicht nur in Vietnam zollt die kapitalistische Ordnung ihrem Schicksal den längst überfälligen Tribut. Was dort mörderischer Kampf ins Wanken bringt: ihre Hybris zersetzt sie hier selbst durch ihre eigenen Gesetze. Opfer hier und Opfer drüben. Freilich, der Tod in Vietnam wiegt ungleich schwerer, er ist unumkehrbar. Die Opfer drüben werden bewußt erbracht. — Konsequenzen des letzten Mittels kapitalistischer Machtbehauptung. Ihr Einsatz endet im Massaker, nicht zum ersten Male im kalkulierten Völkermord. Das Machtzentrum glaubt, weltweit ein Exempel statuieren zu müssen. Es fühlt sich bedroht, und diese Bedrohung ist real. Amerikas Rohstoffbasen liegen heute in der Dritten Welt; die Ausbeutung ist dort billiger, die Profite im eigenen Land ergo umso höher. Doch mit den Revolutionen in China und Cuba begann auch das Geschäftsrisiko zu steigen ... Die Opfer hier sind dagegen relativ in ihrem Ausmaß. Es ist für die Betroffenen durchaus meßbar: gestern noch Entgelt für harte Arbeit, heute die Arbeitslosenunterstützung. Man lebt, wenn auch mit zwei Dritteln weniger — aber an manchen Orten beginnt schon die Hoffnung auf Besserung zu verblassen. An der Ruhr, im Bergbau zeigt sich: sinkt der kapitalistische Profit auf Null, wird die soziale Existenz Tausender vernichtet — trotz Mitbestimmung. Nicht nur die Kohlen türmen sich zu Halden, auch Autos werden weniger gekauft, Maschinen, Stahl ... Dreißigtausend Stahlarbeiter, schätzt man, werden noch in diesem Jahr „freigesetzt". Sozialdemokratische Minister glauben indes der privatkapitalistischen Mechanik. Fünf Milliarden — zukünftige Steuern, die ohnehin wir aufzubringen haben werden — zusätzliche Investitionen aus der Hand des Staates lassen das Sozialprodukt schnell wieder wachsen — jedoch nur dann, wenn der Lohn des Arbeiters nicht steigt. Statistisch beweist man ihm sowieso, der Lohn sei schneller gestiegen als die Unternehmergewinne, sein Verhalten mithin der Krise förderlich gewesen. Wer aber spricht von den Milliardenvermögen, vom Kapitalzuwachs einer zahlenmäßig kleinen Unternehmerschicht, damit von ihrer umfassenden politischen Macht? Wer wirtschaftliches Eigentum hat, ist auf Arbeitslosenunterstützung nicht angewiesen. Wissen das auch die Gewerkschaftsführer?

Die Mechanik des Kapitalismus verteilt den Ertrag stets einseitig. Doch auf die Dauer nicht ungestraft: solange für den Profit produziert wird, bleiben immer größere Warenlager unverkäuflich, Investitionen unrentabel, Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Nur, dort wo keine Aufklärung darüber herrscht, mündet der Sog der Unzufriedenheit im Totalitären, im Faschismus. Der „starke Mann" soll dann gewaltsam das Gleichgewicht herstellen. Für seine Entscheidungen morgen die Notstandsgesetze heute. Auf jeden Fall mit Dienstverpflichtungen — billige Arbeitskräfte —, vielleicht die ultima ratio auch hier, der Krieg ...

Die Schwäche des Systems wird allemal durch Brutalität und glorifizierte Stärke übertüncht. Was sich in Deutschland dahinter verbarg, wurde schon zweimal offenbar, 1918 und 1945. Die USA demonstrieren es heute tagtäglich. Längst ist dieses System überholt, nicht einmal zum Schein funktioniert es so, wie es glauben machen will. Sollen Wachstum und Konjunktur herrschen, muß zuvor zerstört werden, damit der Absatz wieder floriert. Dieses Lebensgesetz verurteilt den freiheitlichen Anspruch zur konventionellen Phrase, zum bloßen Glaubenssatz. Er ist die einzige Säule, auf die sich das System stützen kann, ein paradoxer Zustand, unseriös, irrational, gefährlich. Die organisierte Arbeiterschaft hätte die Macht, es abzulösen und durch eine vernünftige, sozialistische Ordnung zu ersetzen. Denn wenn sich die derzeit herrschende nur noch durch Vernichtung und Enthumanisierung am Leben erhalten kann, ist sie es wert, abgelöst zu werden.

Der 1. Mai soll Anlaß sein, diese Zusammenhänge einmal mehr bewußt zu machen. Ihnen entsprechen die neuen und traditionellen Forderungen der Arbeiterbewegung:

Der Kampf gegen die Notstandsdiktatur ist zugleich der Kampf für eine sozialistische Demokratie.

Der Kampf gegen Rüstung in jeder Form ist zugleich der Kampf um eine Wirtschaftsordnung, die Rüstung als ökonomisches Mittel überflüssig macht.

Der Kampf um die soziale Existenz der Arbeiterschaft ist zugleich der Kampf um eine Wirtschaftsreform, die das private wirtschaftliche Eigentum durch gesellschaftliches ersetzt.

Gerhard Bessau

Inhalt

Gerhard Bessau:	Aufruf zum 1. Mai	Seite 2
Jörg Goldberg:	Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition	Seite 4
Prof. Dr. Karl Obermann:	Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49	Seite 7
Elvira Högemann:	Schauspiel nach Osten	Seite 13
Helmut Preissler:	Bericht des westdeutschen Delegierten	Seite 16
Peter Bubenberger:	Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologien	Seite 17
Wilfried Lahno:	Zehn Thesen zur Parteiendiskussion	Seite 24
Paul Schallück:	Nationalpreis	Seite 26
Jörg Goldberg:	Tagung: Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus	Seite 27
Peter Simon:	Besprechung von Paul Barans: Reflexionen über die Kubanische Revolution und Faschismus in Amerika	Seite 28

Impressum

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln und München.

Anschrift der Redaktion: 5 Köln-Lindenthal, Palanterstraße 5b, Telefon 44 46 16

Anzeigenverwaltung: Karl-Heinz Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Schreinerstraße 58

Verantwortlicher: Peter Simon.

Vertrieb: Willi Meeger, 5 Köln-Sülz, Schleidener Straße 12, Postscheckkonto Köln Nr. 2084 85.

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

„facit" erscheint fünfmal im Jahr. Jahresabonnement DM 2,– und Zustellgebühr.

Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition

von Jörg Goldberg

„Konzertierte Aktion" – mit dieser Harmonie vortäuschenden Bezeichnung haben die Regierung der Großen Koalition im allgemeinen und die „Zwillinge" Strauß und Schiller im besonderen die wirtschaftspolitische Diskussion um einen neuen Begriff bereichert. Haben sie damit auch der Wirtschaftspolitik grundsätzlich neue Ziele gesetzt?

Der ehemalige Bundeskanzler Erhard stellt dazu fest: „Ich vermag auch in der Setzung immer neuer Begriffe keinen echten volkswirtschaftlichen Wert oder praktischen Nutzen zu erkennen ..." [1] und fährt fort, daß die „konzertierte Aktion" im Grunde sein eigenes Konzept der „Formierten Gesellschaft" ist. So schrieben die „Gesellschaftspolitischen Kommentare" [2] zur Erläuterung des Erhard'schen Projektes, es gehe „um die Integration der befestigten Gruppen in Gesellschaft und Staat, um ihre Bindung an das Gemeinwohl, um die Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Prägung ..." Wer in dieser Gesellschaft das „Gemeinwohl" festlegt, wird klar, wenn Rüdiger Altmann an derselben Stelle feststellt: „Die Dynamik der Wirtschaft, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung und Nutzbarmachung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft darf nicht in die Formierung der Gruppen einbezogen, ihr nicht untergeordnet werden." Das Prinzip kapitalistischen Wirtschaftens – der Profit – muß konsequenterweise erhalten bleiben. Er muß als treibendes Moment dieser Wirtschaft sogar noch ausgebaut werden.

Und genau das tut die „konzertierte Aktion". Die Frage nach der Struktur der Gesellschaft, nach den Machtverhältnissen in ihr, stellt der Sozialdemokrat Schiller nicht. Und in dem er diese Struktur anerkennt, ordnet er sich ihr unter. Die in ihr herrschenden Gesetze, nur in Kraft aufgrund der ungleichen Kräfteverteilung in der Gesellschaft, haben für ihn naturgesetzlichen Charakter. So konnte er auch in bezug auf die Theorie der Wirtschaftspolitik schon 1956 sagen: „Sie hat sich in der Tat mehr und mehr von unmittelbaren dogmatischen Zweckwerten abgelöst und ist zu einem *zweckneutralen Werkzeugkasten* (im Originaltext herausgehoben) geworden. Sie kann zur rationalen Beurteilung jeder Art von Wirtschaftspolitik benutzt werden, die sich in dem Rahmen unseres modernen gesellschaftlichen Wertsystems hält." [3]

Der Vorschlag des Sachverständigengutachtens, sich „Lohnleitlinien" zu bedienen, wurde auch sofort Teil der Wirtschaftspolitik (auch hier hat man inzwischen den „neutraleren" Begriff „Orientierungshilfen" entdeckt).

Noch bevor Schiller Wirtschaftsminister wurde, verfocht er das Projekt einer Ausrichtung der Tarifpolitik an „Lohnleitlinien". In der Debatte über den 1. Entwurf des Stabilisierungsgesetzes faßt er seine Kritik an dem Entwurf Erhards in 5 Punkten zusammen und bemängelt, daß die Regierung das Gebiet der Einkommenspolitik ausgeklammert habe. „Mehr Globalrechnung und Globalsteuerung und weniger Einzeldirigismus, das ist in der Tat einer der Grundsätze, nach denen wir den Entwurf umgestalten möchten", erklärte Schiller damals für die SPD.[4]

Die Notwendigkeit einer umfassenden Planung des Kapitalismus wird von ihm klarer erkannt als von Erhard, der die veränderte Situation, in die die Wirtschaft der Bundesrepublik nach einer Zeit der aufgrund außergewöhnlicher Fakten scheinbar grenzenlosen Expansion eingetreten war, nicht im ausreichenden Maße begriffen hat.

Auch der Sachverständigenrat hat diese Notwendigkeit möglichst stabiler Erwartungen für den reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Wirtschaftslebens erkannt. So hält sich Schiller an sich im Rahmen der Forderungen des Godesberger Programms der SPD, das fordert: „Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird." [5])

Allerdings heißt es sogar in diesem (sonst denkbar unkonsequenten und antirevolutionären) Programm einige Sätze weiter: „Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt." Hier allerdings verlassen Schiller und die anderen sozialdemokratischen Minister der Großen Koalition den Boden des Godesberger Programms, denn die Frage, zu wessen Gunsten geplant bzw. Orientierungshilfen gegeben werden, wem diese Politik nützt, wird gar nicht erst gestellt und damit schon stillschweigend beantwortet.

Mit der Parole „Die Pferde müssen wieder saufen" griff der neue Wirtschaftsminister zusammen mit dem nicht ganz so neuen Finanzminister in die langsamer werdenden Räder der westdeutschen Wirtschaft. Sehr schnell wurde klar, wer die „Pferde" sein sollten.

Maßnahmen, zum Teil noch von der Regierung Erhard geplant, wurden durchgeführt: Erhöhung der Tabaksteuer, Senkung der Kilometer-Pauschale, Erhöhung der Mineralölsteuer.

Dann begannen die Anstrengungen, den stark defizitären Bundeshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. So wurde denn auch an einer Reihe von Posten des Bundesetats der Rotstift angesetzt. Eine Dekkungslücke von 3,6 Milliarden DM wurde geschlossen.

Doch die Streichungen betrafen nur zu einem winzigen Anteil den Posten, bei dem sie angebracht und möglich gewesen wären: den Rüstungsetat. 240 Millionen wurden dort abgestrichen, obwohl der gesamte Rüstungshaushalt im ursprünglichen Ansatz gegenüber 1966 um 2,5 Milliarden (1,2 Milliarden im ordentlichen, 1,3 im außerordentlichen Haushalt) steigen sollte. 1967 ist er also immer noch um 2,26 Milliarden höher als im Vorjahr. Als der SPD-Pressedienst am 26. 1. 167 forderte, an der Rüstung stärkere Abstriche zu machen, distanzierte sich Helmut Schmidt, amtierender Fraktionsvorsitzender der SPD, von einer solchen Haltung.

Entgegen den Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, erfolgten die Kürzungen überwiegend in anderen, sozialen Bereichen. (Allein die Zuschüsse zur Rentenversicherung wurden um 300 Millionen gekürzt.) Die Rüstungsausgaben dienten auch hier als ein den privaten Wirtschaftsapparat stabilisierendes Element. Eine Stabilisierung, die auf die Dauer allerdings nicht ohne Widersprüche bleiben kann. Denn die vollkommen unproduktiven Rüstungsausgaben wirken zugleich inflationierend.

Darüberhinaus wurde noch eine Reihe anderer Maßnahmen, die die stagnierende Wirtschaft ankurbeln sollten, ergriffen.

So erhielten die Unternehmen für 9 Monate Sonderabschreibungen von 5 bis 10 Prozent auf neuanzuschaffende Investitionsgüter eingeräumt, um sie zu vermehrten Investitionen anzuregen. Investitionsanreize über Abschreibungsvariationen sind ein besonders in der Bundesrepublik schon lange beliebtes Instrument der Wirtschaftslenkung. Seine Anwendung in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg hat die rasche Anhäufung von Kapitalgütern und damit auch von Macht in der durch wenige beherrschten deutschen Wirtschaft mitbewirkt ...

Gleichzeitig wurde ein sogenannter Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Milliarden DM, über Bundesbankanleihen finanziert, in Form von Staatsausgaben an die Wirtschaft vergeben, die ebenfalls die Gewinnerwartungen der Wirtschaft wieder steigern sollen.

Auf der anderen Seite üben Staat und privates Unternehmertum vereint Druck auf Löhne, Sozialleistungen und Masseneinkommen aller Art aus.

In der von Prof. Schiller vorgelegten „Zielprojektion für 1967" werden den Arbeitnehmern noch ganze 2,4 Prozent Lohnerhöhung für das Jahr 1967 zugebilligt.

Zugleich sind die Unternehmer zur sozialen Offensive übergegangen. Die tariflich nicht abgesicherten Leistungen werden in fast allen Wirtschaftszweigen abgebaut. Erst kürzlich kündigte Krupp eine fünfprozentige Kürzung der übertariflichen Löhne und Gehälter an. Vereinzelt kam es bereits zu Kündigungen von Tarifverträgen durch die Arbeitgeber.

Während Staat und Wirtschaft bemüht sind, den Lebensstandard der Arbeitnehmer so niedrig wie möglich zu halten, wird in der oben erwähnten „Zielprojektion"

---

1) „Die Zeit" 24. 3. 67

2) „Gesellschaftspolitische Kommentare" 10/65

3) Karl Schiller: Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik" in „Der Ökonom und die Gesellschaft" S. 47

4) „Frankfurter Rundschau" v. 15. 9. 66

5) Godesberger Programm

eine Steigerung der nicht entnommenen Gewinne um mehr als 22 Prozent angestrebt. Die Arbeitnehmer werden mit einem später wieder höheren Lohnanteil vertröstet. Bei Schiller heißt das „soziale Symmetrie".

Der geringe Lohnzuwachs (paradoxerweise auch die Verzögerung von Arbeitszeitverkürzungen bei 600 000 Arbeitslosen) wird wiederum mit der Notwendigkeit begründet, die Kosten- und damit auch die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern, um sie zu verstärkter Wirtschaftstätigkeit anzuregen.

Die Frage, zu wessen Gunsten geplant wird, muß eindeutig mit: „zugunsten der Privatwirtschaft" beantwortet werden.

Allerdings wird argumentiert, daß es andere Möglichkeiten der Behebung von Stagnation und Krisen nicht gibt.

Doch Marktgesetze sind keine Naturgesetze. Sie gelten lediglich auf der Basis eines bestimmten veränderbaren gesellschaftlichen Systems. Eine konsequente Wirtschaftspolitik zugunsten der Arbeitnehmer wäre es, in solchen Situationen die Masseneinkommen zu heben und so die Wirtschaft über verstärkte Nachfrage wieder zu beleben. Dabei kann allerdings nicht verborgen bleiben, daß die Stellung der Unternehmer so stark ist, daß sie sich durch Preiserhöhungen gegen eine Schwächung ihrer Positionen zur Wehr setzen können. Solche Initiativen auf sozialem Gebiet müssen daher gleichzeitig mit politischen Maßnahmen gekoppelt sein. Dabei wäre als vorläufige Maßnahme eine Ausdehnung der Mitbestimmung denkbar, einer Mitbestimmung allerdings, die die wesentlichen, jetzt noch in Händen der Unternehmer befindlichen Entscheidungsbefugnisse beeinflußbar macht. Preise, Investitionen, Gewinne, die Setzung dieser wichtigen wirtschaftlichen und politischen Daten darf nicht der Willkür der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Solange die Interessenvertreter der Arbeitnehmer hier keinen wesentlichen Einfluß erhalten, wird ihre soziale und politische Stellung immer gefährdet bleiben.

Lohnsenkungen und Massenentlassungen verdeutlichen die Situation, in der sich der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft schon immer befand: er ist ein Objekt privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens geblieben. Hier muß eine konsequente Gewerkschaftspolitik ansetzen. Auch die Entscheidungen über Massenentlassungen usw., die direkten Auswirkungen unternehmerischer Maßnahmen, müssen wesentlich bei den Gewerkschaften liegen. Einflußnahmen auf höherer Ebene müssen mit verstärkten innerbetrieblichen Befugnissen der Arbeitnehmer verbunden werden. Neben die Forderung einer realen Mitbestimmung muß der Kampf um Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes treten. Hier müßte die soziale Symmetrie in Kraft treten. Es genügt nicht, die Aushöhlung der schon bestehenden Mitbestimmung einige Zeit aufzuschieben.

Mit der Unterordnung der Löhne unter „gesamtwirtschaftlicheOrientierungshilfen" soll ein Exempel für die zukünftige Tarifpolitik statuiert werden. Diese „freiwillige" Eingliederung beinhaltet eine dauerhafte Unterordnung der Arbeitnehmer unter das Konzept des staatsmonopolistischen Kapitalismus in sozialer und politischer Hinsicht ist also keine rein tarifpolitische Frage.

In der Diskussion um Erhards „Formierte Gesellschaft" erklärte Schiller, das sei ein Strammstehen nicht aufgrund von Befehl, sondern aufgrund von höherer Einsicht (Spiegel v. 9. 1. 67, S. 31).

In einem Spiegel-Interview bemerkte Otto Brenner zur „konzertierten Aktion": man müsse „davon ausgehen, daß jemand diktiert, genau sagt, was gemacht werden soll."

Einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Projekten der „Formierten Gesellschaft" und der „Konzertierten Aktion" gibt es nicht. Beide zielen auf die Ein- und Unterordnung der Arbeitnehmer unter die Ziele der die Gesellschaft beherrschenden Kräfte ab.

Insofern bedeutet der Eintritt der SPD in die Große Koalition eine Verschärfung der Situation. Es war damit die Hoffnung verbunden, daß das Ziel der Disziplinierung der Arbeitnehmerschaft leichter mit Hilfe sozialdemokratischer Minister erreicht werden könnte. Nach wie vor wird darauf abgezielt, den Gewerkschaften ihre Funktion als Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zu rauben und sie so der kapitalistischen Wirtschaftslenkung in ihren Zielen unterzuordnen.

Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49

von Prof. Dr. Karl Obermann

lautete das Thema eines Vortrages, den Herr **Prof. Dr. Carl Obermann,** Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in der Kölner Universität gehalten hat. Prof. Obermann stellte uns dankenswerterweise sein Manuskript zur Verfügung das wir nachstehend stark gekürzt veröffentlichen.
(Die Red.)

Welchen Anteil hat Marx an den Ereignissen der Jahre 1848/49 genommen? Wie ist seine Tätigkeit einzuschätzen? Hat er Einfluß ausgeübt, vor allem auf die entstehende Arbeiterbewegung? All diese Fragen müssen gestellt werden, da in den Darstellungen und Betrachtungen zum 100. Jahrestag der Sozialdemokratie Marx keine bedeutende Rolle zugeschrieben wird. Doch in den letzten Jahren wurde zugegeben, daß die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1963 sich auf eine Arbeiterbewegung stützte, deren Ursprung sich bis in die Jahre vor der Revolution von 1848/49 verfolgen läßt. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung — darüber gibt es kaum noch Meinungsverschiedenheiten — liegen also in einer Zeit, in der Marx und Engels auftraten und in Deutschland wirkten, so daß es durchaus nicht abwegig ist, zu untersuchen, in welchen Beziehungen sie zur entstehenden Arbeiterbewegung gestanden haben.

Es wäre falsch, sich den Marx des Jahres 1848 und der Jahre vor der Revolution als einen Stubengelehrten vorzustellen. Seit seiner Redaktionstätigkeit bei der „Rheinischen Zeitung" 1842/43 ist die Verbindung zwischen Marx und führenden Vertretern der fortschrittlichen Bewegung in Köln nie abgerissen, und diese Beziehungen hatten nicht nur lokale Bedeutung. Der Mitbegründer der „Rheinischen Zeitung", Georg Jung, korrespondierte mit Marx 1844 und schmuggelte zahlreiche Exemplare der Deutsch-Französischen Jahrbücher ein. Als Engels 1844 nach Köln kam, berichtete er Marx sofort über die Versammlungen der alten Kölner Freunde. Sie hatten das zur Zeit der „Rheinischen Zeitung" gegründete Montagskränzchen erweitert und waren 1845/46 bemüht, einen Verein zum Wohle der arbeitenden Klasse zu schaffen. Durch seitenlange Berichte von Daniels, Bürgers und D'Ester erhielt Marx ein lebendiges Bild von den Vorgängen in Deutschland, was ihm half, an diese Bewegung anzuknüpfen und ihr von Brüssel aus mit seinen Arbeiten zu helfen. Im Prozeß dieser Entwicklung erfolgte 1847 die Verständigung zwischen Marx und der Arbeiterbewegung bzw. den im Bund der Gerechten vereinten Arbeitern. Aus diesen Verhandlungen zwischen Moll bzw. den Leitern des Bundes der Gerechten einerseits und Marx und Engels andererseits ging der „Bund der Kommunisten" hervor. Marx und Engels traten bei in dem Bestreben, diese erste deutsche und internationale Organisation der sich formierenden Arbeiterklasse von ihren utopisch-sozialistischen Vorstellungen zu befreien, ihre Lehre vom historischen Materialismus hineinzutragen. Damit sollte dieser Organisation der Sektencharakter genommen und die Grundlage für ihre Erweiterung gegeben werden. Die engen Kontakte mit den Arbeitern aber auch mit den Demokraten, pflegte Marx sehr aktiv in dem Bestreben, am Vorabend der Revolution einen größeren Personenkreis zu erfassen und auf die Massen zu wirken. Marx' umfangreiche öffentliche Tätigkeit in Brüssel galt 1847 der Vorbereitung der Revolution. Die Deutsche Brüsseler Zeitung, der im August gegründete Deutsche

Das Rote Buch
Worte des Vorsitzenden Mao Tse Tung
360 Seiten / Roter Kunststoffumschlag
jetzt für 2,50 DM erhältlich bei
Willi Meeger 5 Köln-Sülz, Schleidener Straße 12
Postscheckkonto Köln Nr. 208 485

Arbeiterverein und die im November gegründete Demokratische Gesellschaft in Brüssel waren Unternehmungen, die große Bedeutung und Beachtung erlangten. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Vorträge von Marx im Arbeiterverein und in der Demokratischen Gesellschaft über Lohnarbeit und Kapital und über die Frage: Schutzzoll und Freihandel 1848/49 eine weite schriftliche Verbreitung gefunden haben. Wir wissen nicht nur aus den Äußerungen von Engels, sondern auch aus Aufzeichnungen von Arbeitern, daß Marx mit seinen Vorträgen und Schriften bei den Arbeitern Anklang gefunden hat, daß er bleibende Wirkung erzielte.

Als 1848 die Revolution in Deutschland ausbrach, stand Marx von der ersten Stunde an mitten in der Bewegung und war durchaus nicht unbekannt. Marx erhielt nach Ausbruch der Februarrevolution sofort von der Londoner Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten alle Vollmachten zur Bildung einer neuen Zentralbehörde des Bundes. Etwa einen Monat, vom 5. März bis Anfang April, weilte Marx in Paris. Diese Zeit war ausgefüllt mit einer rastlosen Tätigkeit, die Bundesmitglieder zu sammeln, die deutschen Arbeiter wieder in einem Verein zu organisieren, sie auf ihre Rückreise nach Deutschland vorzubereiten und vor den von Herwegh und Bornstedt gehegten Illusionen zu warnen, als bewaffnete Freischar in Deutschland einzufallen und die Republik zu verkünden.

Ende März/Anfang April reisten die Bundesmitglieder von Paris nach Deutschland zurück, Marx und Engels selbst traten etwa am 5. April die Rückreise an. Die ca. 300 Bundesmitglieder kamen nicht mit leeren Händen. 1000 Exemplare des „Manifests der Kommunistischen Partei" hatte die Londoner Kreisbehörde am 19. März nach Paris geschickt, und jeder nahm einige mit nach Deutschland. Dazu kam das Flugblatt mit den 17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland, das Marx und Engels Ende März entworfen hatten und in der letzten Pariser Sitzung der Zentralbehörde als Programm angenommen worden war. Nach der Zwischenstation in Mainz, die der Besprechung mit den alten Bundesmitgliedern über die Möglichkeit der Zusammenfassung der Arbeitervereine galt, gelangten Marx und Engels etwa am 11. April nach Köln. Damit war Köln Sitz der Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten" geworden.

Einige Bundesmitglieder hegten die Vorstellung, den Bund als festen Kern innerhalb der Arbeitervereine zu organisieren. Aber Marx und Engels erkannten, daß in dieser ungeheuren Bewegung der Massen der Bund, wie sich Engels später ausdrückte, „ein viel zu schwacher Hebel" war, um auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung erfolgreich einwirken zu können. Zudem ging aus den Briefen der in den Arbeiter- und demokratischen Vereinen aktiven Bundesmitglieder an Marx hervor, daß die Aussichten, genügend geschulte Arbeiter für die Gründung neuer Bundesgemeinden zu finden, noch sehr gering war.

Die Anstrengungen von Marx waren darauf gerichtet, die Bewegung für die Demokratie zu stärken und vor allem die sich langsam formierende Arbeiterklasse als Triebkraft der demokratischen Bewegung zu organisieren. Er ging von der Überzeugung aus, daß die bürgerlich-demokratische Umwälzung nur durch den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte erreicht werden konnte. Dieser Gesichtspunkt war für die Tätigkeit in der Revolution maßgebend, die sich auf folgende drei Aufgaben konzentrierte:

1. Verbreitung der 17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland
2. Gründung von Arbeitervereinen
3. Schaffung eines großen Organs der Demokratie, der „Neuen Rheinischen Zeitung"

Was bedeuteten die 17 Forderungen? Sie stellten das weitestgehendste demokratische Programm der Revolution dar. Während die liberale Bourgeoisie in ihren programmatischen Erklärungen lediglich eine gesamtdeutsche konstitutionelle Monarchie unter preußischer Führung forderte, den Einzelstaaten und ihren Fürsten jedoch weitgehende Souveränität lassen wollte; während die radikalsten kleinbürgerlichen Demokraten zwar eine deutsche Republik, jedoch nur in Form eines losen Zusammenschlusses der zahlreichen Einzelstaaten anstrebten, stellten Marx und Engels an die Spitze ihres Programms die unmißverständliche Losung: „Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt." Diese Forderung richtete sich in erster Linie gegen die Hauptmächte der feudalen Reaktion in Deutschland, gegen Preußen und das Habsburger Reich, das berüchtigte „Völkergefängnis" in Europa, und zielten darauf ab, die politische Macht der Feudalklasse zu vernichten.

Darüber hinaus werden in den 17 Forderungen auch im einzelnen die vom Volk zu verwirklichenden Maßnahmen erläutert, die zur Errichtung eines einheitlichen bürgerlich-demokratischen Nationalstaates nötig wären: uneingeschränktes Wahlrecht und die Wählbarkeit vom 21. Lebensjahr ab, die Entschädigung der Volksvertreter, „damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne"; die allgemeine Volksbewaffnung zur Überwindung der militaristischen Konterrevolution u. a.

Um neben der Verwirklichung dieser bürgerlich-demokratischen Forderungen auch die soziale Lage der Arbeiterklasse zu bessern, forderte das Programm vom demokratischen Staat „Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen."

Die 17 Forderungen sind, wie Engels kurz erwähnt, „in ganz Deutschland verbreitet" worden und haben einen beachtlichen Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung ausgeübt. Die Verbreitung dieses Programms begann mit der Rückkehr der deutschen Arbeiter aus Paris in der ersten Aprilhälfte 1848 in den gleichzeitig gegründeten Volks-, Arbeiter- und demokratischen Vereinen. Zahlreiche Zeitungen, größere, aber vor allem auch kleinere demokratische Provinzblätter druckten die Forderungen ab. Auf diese Weise wurde u. a. die Forderung nach der einigen, unteilbaren Republik in die Massen hineingetragen.

Die neugegründeten Arbeiter- und Volksvereine waren mit ihren Versammlungen zu Brennpunkten des politischen und gesellschaftlichen Lebens geworden. Von hier ging die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins aus. Arbeitervereine gründen hieß die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung in die politische Bewegung hineinstellen.

Zum ersten Male war es in Deutschland möglich geworden, öffentliche Arbeitervereine zu gründen. Bis dahin bestanden in den größeren Städten nur wenige Arbeiterbildungsvereine, in denen zumeist Handwerksmeister und kleinbürgerliche Intellektuelle die Führung hatten. Die Arbeiter zu organisieren, sie mit ihrer eigenen Rolle in der Geschichte bekanntzumachen, war von großer Bedeutung. Je

NEU

FRISCH AUS DER PRESSE

FASIA

Eine Single-Platte mit drei Songs;

1.

An meinen amerikanischen Brieffreund Jonny

(2. Preis beim Folksong-Wettbewerb 1966 des Südfunks Stuttgart)

2.

Verbrannte Erde in Deutschland

3.

Mein Mann war Kumpel

Preis: Nur DM 4,75

Bestellschein

Ich bestelle ..... Exemplare der Schallplatte „Fasia".

Name

Vorname

Wohnort

Straße/Nr.

Unterschrift

verlag „pläne" gmbh
4 düsseldorf · kruppstr. 18

mehr sich die Arbeiter ihrer Aufgabe bewußt wurden, je organisierter sie auftraten, desto größer war die Stoßkraft der revolutionären Bewegung.

Die Zahl der in den Monaten April/Mai 1848 gegründeten Arbeitervereinen ist beträchtlich. Obwohl deren Mitgliederzahl kaum abzuschätzen ist, wird sie etwa 30 000 betragen haben. Der am 13. April gegründete Kölner Arbeiterverein nahm schon im Mai mit mehreren Tausend Mitgliedern eine führende Stellung unter den Arbeitervereinen Deutschlands ein. Es ist absolut verständlich, daß die Masse der Arbeiter vor allem an Fragen interessiert war, die sich mit einer Verbesserung ihrer sozialen Lage befaßten.

Über einige alte Mitkämpfer aus dem Bund der Kommunisten, vor allem über Karl Schapper und Joseph Moll, trugen Marx und Engels mit Erfolg ihre Ideen in den Verein hinein. Sie gewannen eine Reihe mehr oder weniger entschiedener neuer Anhänger. Dabei ging es vor allem darum, die einseitige Orientierung auf wirtschaftliche Verbesserungen und illusionäre Reformprojekte zu überwinden und die Arbeiter in den politischen Kampf um die Erringung der Demokratie in Deutschland einzubeziehen.

Das Bestreben der Bundesmitglieder und vor allem auch das von Marx, die neugegründeten Arbeitervereine in einem gesamtdeutschen Verband zusammenzufassen, blieb zunächst erfolglos, da die Bedingungen für eine Zentralisierung der Arbeiterbewegung noch nicht gegeben waren. Marx und Engels in Köln hielten keineswegs dogmatisch an ihren Plänen fest, sondern stellten sich auf die gegebenen Bedingungen ein und richteten ihre Bemühungen auf das Zusammengehen der Arbeiter mit den Demokraten. Die Arbeiter nahmen, wie Engels feststellte, einen Platz auf dem äußersten linken Flügel der bürgerlichen revolutionären Bewegung ein, bzw. erschienen „auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei". Um dieses Zusammengehen zu festigen, die demokratische Bewegung ebenfalls für die Vertretung der Arbeiterinteressen zu gewinnen, traten Marx und Engels in Köln in die Demokratische Gesellschaft ein.

Welche Rolle kam unter diesen Bedingungen der von Marx und dem Bund der Kommunisten schon lange erstrebten Tageszeitung zu? Diese Zeitung, die als organisatorisches und politisches Zentrum des „linken Flügels" der demokratischen Bewegung auftrat, stellte sich die Aufgabe, auf die Massen zu wirken, sie im Kampf für die demokratische Umwälzung zu orientieren. Die am 1. Juni 1848 in Köln erscheinende „Neue Rheinische Zeitung" war wirklich mit dem revolutionären Kampf der Volksmassen verbunden, was kaum eine andere Zeitung der Revolutionszeit von sich sagen konnte. Sie wurde für Marx und die Mitarbeiter aus dem Bund der Kommunisten zu ihrem wichtigsten Instrument, zur Hauptwaffe sowohl im Kampf um die Demokratie als auch im Zusammenhang damit um die Emanzipation der Arbeiterbewegung.

Namentlich die fortgeschrittenen Arbeiter und die entschiedenen Demokraten sahen in der Zeitung ihr Organ. Auf Versammlungen und Kongressen traten sie dafür ein, alle Vereine zum Bezug der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu verpflichten nicht nur, um die Zeitung zu unterstützen, sondern um sie wirklich als Waffe im Kampf für die Lebensinteressen der Nation benutzen zu können. „Keine deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die ‚Neue Rheinische'. Und das verdankt sie vor allem Marx", stellte Engels mit Recht am Schluß seines Artikels über „Marx und die ‚Neue Rheinische Zeitung'" fest. Zahlreiche kleinere demokratische Zeitungen übernahmen Mitteilungen und Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung". – Marx war mithin in beträchtlichem Maße an den Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeiter und der Entwicklung der Arbeitervereine beteiligt. Das provozierende Auftreten der feudalen Reaktion verschärfte bereits im August 1848 die Lage erheblich. Die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" entfalteten eine umfassende Organisations- und Agitationstätigkeit. Am 23. August reiste Marx nach Berlin und anschließend nach Wien, um die Verbindung zu den dortigen demokratischen und Arbeiterorganisationen zu festigen. In Berlin fand Ende August ein von 40 Delegierten besuchter Arbeiterkongreß statt, der den Zusammenschluß der Arbeitervereine zur „Arbeiterverbrüderung" beschloß. Wenn auch das Programm der „Arbeiterverbrüderung" ökonomische Fragen in den Vordergrund stellte, so brachte die Verschärfung der Lage eine aktive Beteiligung der der

„Arbeiterverbrüderung" angeschlossenen Vereine am politischen Kampf mit sich.

Die Septemberkrise war eines der ersten Anzeichen für das Herannahen einer Entscheidung im Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution in Deutschland. Als das Preußische Ministerium Hansemann gestürzt wurde, kehrte Karl Marx eilig nach Köln zurück. Die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" griffen nun stärker als vorher direkt in die praktische Lenkung der revolutionären Bewegung ein. Sie traten aktiv im Arbeiterverein in Erscheinung. Die Redaktion der Zeitung rief neben und mit der Demokratischen Gesellschaft und dem Arbeiterverein zu großen Volksversammlungen auf. Auf diesen Versammlungen waren die Redakteure der Zeitung Hauptredner, und oft hatten sie die Beschlüsse und Adressen verfaßt, die hier angenommen wurden. Die im September organisierten Kundgebungen hatten eine Beteiligung, wie die Volksversammlungen in Köln vorher niemals aufzuweisen hatten. Waren bis dahin Versammlungen nur in geschlossenen Sälen abgehalten worden, so wurden jetzt auch Kundgebungen unter freiem Himmel veranstaltet, um sie u. a. zu gewaltigen politischen Demonstrationen zu machen.

In den Monaten Oktober, November und Dezember 1848, in den Kämpfen gegen die nun mit voller Gewalt vorrückende Konterrevolution, war der Kölner Arbeiterverein, dessen Leitung nunmehr Marx übernommen hatte, eine wichtige Massenbasis, auf die sich Marx und seine Freunde bei der Verwirklichung der von der „Neuen Rheinischen Zeitung" verfochtenen Politik stützen konnten.

Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" wandten der Tätigkeit der Arbeitervereine in ganz Deutschland zu Beginn des Jahres 1849 ein steigendes Interesse zu. Die Zeitung berichtete über die Provinzialkongresse der Arbeiterverbrüderung und stimmte den Beschlüssen zu, in jedem Ort die Arbeiter zu vereinigen. Der politische und ideologische Entwicklungsprozeß in der deutschen Arbeiterbewegung führte zu der Einsicht, daß der Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage eng verbunden sein müsse mit dem politischen Kampf für Demokratie und daß ohne Sturz der feudalen und militaristischen Reaktion weder ein einiges und demokratisches Deutschland noch ein sozialer Fortschritt möglich ist.

Im Februar 1949 gingen Marx und seine Freunde zu neuen Formen des revolutionären Kampfes und der Mobilisierung der Massen über. Nach dem Beispiel der demokratischen Bewegung in Frankreich wurde in Köln und anderen Städten der Rheinprovinz begonnen, demokratische Bankette zu veranstalten. Auf den Banketten wechselten Musik und Gesangsdarbietungen mit Trinksprüchen ab, so daß diese Feiern große Massenwirksamkeit erreichten.

Um diese Zeit begannen Marx, Engels und ihre Freunde mit der Verwirklichung ihres Planes zur Schaffung einer revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats, der sich zu Beginn der Revolution im Jahre 1848 noch als undurchführbar erwiesen hatte. Zur Vorbereitung des von der Arbeiterverbrüderung geplanten „Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses" zu Pfingsten 1849 in Leipzig wurde auf

Hubert Freistühler
Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 · Postfach 124
Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 · Ruf 3460
Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

Initiative von Marx der selbständige organisatorische Zusammenschluß der Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens in die Wege geleitet. Im April machte sich der Kölner Arbeiterverein zum organisatorischen Zentrum der Arbeitervereine der Rheinprovinz und leitete deren Zusammenschluß ein. Der Kölner Arbeiterverein trat aus dem Zentralausschuß der Demokratischen Vereine Deutschlands aus, beschloß die Verbindung mit dem Leipziger Zentralkomitee der Arbeitervereine – also der „Arbeiterverbrüderung" – und die Teilnahme an dem Kongreß der deutschen Arbeitervereine, auf dem Marx die Grundlage für eine politische Massenorganisation der deutschen Arbeiter schaffen zu können hoffte.

Am 15. April 1849 meldete die „Neue Rheinische Zeitung", daß Marx, Anneke, Becker, Schapper und Wolff aus dem Kreisausschuß der rheinischen Demokratischen Vereine ausgetreten seien, da „die jetzige Organisation der Demokratischen Vereine zu viele heterogene Elemente in sich einschließt, als daß eine dem Zweck der Sache gedeihliche Tätigkeit möglich wäre". Marx tat offen kund, daß der Zusammenschluß aller Arbeitervereine in der „Arbeiterverbrüderung" eine gedeihliche Grundlage für die Schaffung einer Arbeiterpartei bilde. Der Kölner Arbeiterverein wurde die organisatorische Basis für die Einleitung jener Schritte, die den gesamtdeutschen Arbeiterkongreß politisch und ideologisch in die von Marx beabsichtigten Bahnen lenken sollten.

Die Siege der Konterrevolution ließen die selbständige revolutionäre Massenorganisation der deutschen Arbeiter nicht mehr Wirklichkeit werden. Der geplante Kölner Kongreß der Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens fand am 6. Mai noch statt, aber er wurde schon vom Endkampf zwischen Revolution und Konterrevolution überschattet.

Nach der Unterdrückung kleinerer Teilaufstände in einigen Städten der Rheinprovinz schritt die Regierung zu dem lange bereitgehaltenen heimtückischen Mittel der Ausweisung von Karl Marx aus Köln und Preußen. Mehreren weiteren Redakteuren der „Neuen Rheinischen Zeitung" wurde ebenfalls Ausweisung oder Verhaftung angedroht. Auf diese Weise wollte die Regierung die führende Kraft der revolutionär-demokratischen und Arbeiterbewegung beseitigen. So blieb Marx und seinen Gefährten keine andere Wahl, als die „Neue Rheinische Zeitung" einzustellen.

In den Kämpfen der Reichsverfassungskampagne in Baden und in der Pfalz siegte die Konterrevolution auf Grund ihrer militärischen Übermacht. Wenn auch die Revolution eine Niederlage erlitt, so war doch, wie Engels 1893 im Vorwort zur italienischen Ausgabe des „Kommunistischen Manifestes" schreibt, „die Schlacht des Jahres 1848 nicht vergebens", sie ebnete den Weg für den späteren Aufschwung der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Nachruf

Am 19. 4. 1967 verstarb im Alter von 91 Jahren der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer.

Der Erfolg seines politischen Wirkens kann in einem Satz zusammengefaßt werden:

Er machte die Bundesrepublik zu dem, was sie heute ist.

Schauspiel nach Osten

Von Elvira Högemann

Was ist eigentlich neu an der neuen Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition? Vielleicht ist die Frage falsch gestellt, denn ob die Politik neu ist, darüber sind selbst die offiziellen Meinungen geteilt: Während das nunmehrige Regierungsblatt „Vorwärts" Dynamik allenthalben entfesselt sieht, neue Ansätze und Erfolge ringsum beschwört, wiegelt der CDU-Fraktionschef Barzel den geschäftigen Enthusiasmus der Juniorregierer gleich ab: er betont „die Kontinuität einer folgerichtigen Politik, die ungestört vom Wechsel der Regierung und der Minister" betrieben wurde. Daß niemand versehentlich an der alten Politik irre werde, gab Barzel die Parole aus: „Unsere rechtlichen, moralischen und juristischen Positionen bleiben unverändert. Unsere Methoden können und müssen wechseln." (zit. nach Südd. Zeitung, 2. 2. 67) Wie bekannt, bestand die Bonner Ostpolitik aus dem Beharren auf Positionen und dem Festhalten an Forderungen, die die längst verfestigten Konsequenzen der Entwicklung nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands übersehen wollen und auf ihrer Revision bestehen. Keine Bundesregierung ohne das oberste Ziel, Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen. Die anfängliche Methode, dies mit militärischem, politischem und wirtschaftlichem Druck — kurz: Politik der Stärke — durchzusetzen, hat sich trotz Hochrüstung und Westintegration der BRD, trotz ihrer Entwicklung zur potentesten westlichen Kontinentalmacht nicht bewährt. Weder ließ sich der Osten zu irgendeiner Herausgabe bewegen, noch waren die westlichen Partner auf Dauer zur Solidarität mit den Ansprüchen Bonns zu verpflichten. 1959 erklärte de Gaulle die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands für unumstößlich, die britische Regierung teilt diese Haltung mehr oder weniger stillschweigend. Das mit viel diplomatischem und wirtschaftlichem Aufwand betriebene Isolationswerk der Hallsteindoktrin zwang die Bundesregierung gegenüber den arabischen Staaten zur Selbstisolierung. Im Jahre 1966 resümierte Staatssekretär Carstens vor dem Minderheitskabinett Erhard, die Bonner Außenpolitik sei gescheitert (Der Spiegel, 24. 10. 66, S. 27). In den Wochen der Regierungskrise bestand Gefahr, daß diese Einsicht um sich greifen und umschlagen könnte in eine allgemeine kritische Bestandsaufnahme, die nicht nur der heute schwer am Staate tragende Minister Wehner damals forderte.

Die neue Regierung ist ohne solche Bestandsaufnahme zustande gekommen. Immerhin aber präsentierte sie im zarten Alter ein für Bonn neuartiges Ergebnis, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien. Beziehungen zwischen Staaten sind eigentlich nichts Ungewöhnliches — außer in Bonn, wo der Glaube an die Hallsteindoktrin jahrelang solche Beziehungen verhinderte. Es ist schwer einzusehen, warum dieser Doktrin selbst ein solcher Realitätswert zukommt, daß ihre teilweise Korrektur schon eine neue Politik ergeben soll.

Vielleicht aber liegt das Neue mehr in den Begleiterscheinungen des Schrittes oder vielleicht in den damit anvisierten Entwicklungen?

Im Unterschied zu früher stellt die Bundesregierung jetzt demonstrativ ihren Entspannungswillen heraus. Kiesingers Regierungserklärung unterstrich „Verständigungswillen", auch der Außenminister Brandt bemühte sich bei seinem ersten internationalen Auftritt vor der NATO um eine positive Haltung. Allerdings: „Die Rede ... hinterließ einen etwas sonderbaren Eindruck, weil er (Brandt) recht entschieden für eine westöstliche Entspannung eintrat, gleichzeitig aber die Gefahren dieser Entspannung für die Wiedervereinigung stark betonte." (SZ, 16. 12. 66) Diese beiden Momente, als miteinander kontrastierend aufgefaßt, treten auch in der Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten deutlich hervor. Selbstverständlich wird jeder Kontakt mit diesen Ländern als Beweis für die Entspannungsbemühungen der BRD hingestellt. Die Gefahren auch solcher Art Entspannung für die Wiedervereinigung im Bonner Sinn werden dadurch ausgeräumt, daß a) die DDR ausdrücklich von solchen Annäherungen ausgenommen wird, der Anspruch auf Alleinvertretung also unter allen Umständen gewahrt wird, und b) die Beziehungen dieser Länder zur DDR als nicht weiter zu diskutierende Mißbildung der Natur behandelt werden

(Geburtsfehlertheorie).[1] Soweit die Wiedervereinigungsziele Gebiete außerhalb der deutschen Staaten betreffen, geht Rechtsposition vor Entspannungsschritten. Auf dieser Grundlage gelingt es, die Politik einer gewissen Annäherung an die osteuropäischen Staaten mit dem alten Wiedervereinigungskonzept in Einklang zu bringen, sogar eine Strategie zu entwerfen, in der diese Politik als ein Meilenstein erscheint auf dem geraden Weg der offensive Negation der DDR, die zur „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" führen soll. Ernst Majonica, MdB, schreibt in einem Grundsatzartikel: „Wir haben gegenwärtig nur dann eine Chance, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen, wenn wir uns den Entspannungsbemühungen anschließen. Täten wir das nicht, wäre Isolierung die Folge." (Politisch-soziale Korrespondenz, 15. 2. 67)

Unter diesen aufgezwungenen Umständen ist Differenzierung zwischen den sozialistischen Ländern mit dem Ziel der Isolation der DDR das Gegebene. So vorteilhaft sehen die Beziehungen mit Rumänien unter diesem Aspekt aus: „Praktisch, wenn auch nicht verbal, nähert (Rumänien) sich damit einer neutralen Haltung in der deutschen Frage. Neutralität ist besser als Feindschaft, sie kann zudem eine Durchgangsstation sein" (ebd). Die neutrale Haltung, an die Majonica hier Hoffnungen knüpft, drückt sich darin aus, daß der rumänische Außenminister das Verfahren billigte, beide Seiten getrennt ihre Rechtspositionen formulieren zu lassen, und damit bestätigte, daß der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung durch die Beziehungen mit Rumänien nicht beeinträchtigt wird. Diese faktische Differenz Rumäniens – und nach dem Plan der Regierung auch in Zukunft anderer Länder — von der DDR soll genutzt werden, „das Ulbrichtregime... zu isolieren und es für die kommunistischen Staaten zu einem immer unbequemer werdenden Partner, ja zu einer Belastung zu machen". (Majonica, ebd.) Sehr richtig sieht Majonica, daß die Erhaltung der DDR als ein gemeinsames Interesse von den sozialistischen Ländern vertreten werden könnte („Klammerfunktion der Zone"), fragt aber, ob die osteuropäischen Länder, haben sie sich erst einmal auf die Isolierung der DDR eingelassen, nicht ihren Einfluß in Moskau aus... üben (werden), daß diese Klammer verschwindet?" (ebd.) Deshalb sieht Majonica in der Zukunft diese Länder als „Verbündete für ihr (der Bundesregierung) Anliegen" (ebd.).

Die beiderseitigen Wirtschaftsinteressen, die die Beziehungen entscheidend gefördert haben und fördern, fungieren in diesem Konzept nur am Rande. Angesichts der weitgesteckten politischen Ziele werden sie zum reinen Werkzeug, zum Schlüssel, der das Tor der Ostpolitik aufschließen soll.

In dieser Weise bleibt die Substanz der alten Politik erhalten, genau wie es Barzel in der Debatte über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erklärte (s. o.) und das weitere Vorgehen so beschrieb: „Der gesamtdeutsche Anspruch kann nur offensiv durchgehalten und schließlich verwirklicht werden."

(SZ, 2. 2. 67)

Im Angesicht dieses offensiven und langfristigen Konzepts muß der neuerdings so betont vorgetragene Friedens- und Entspannungswille der Bundesregierung auf seinen realen Gehalt hin geprüft werden. Noch die bislang weitestgehende Geste, das Angebot der Regierungserklärung, Gewaltverzichterklärungen auszutauschen, trägt den Prägestempel des „offensiv durchgehaltenen gesamtdeutschen Anspruchs", indem die DDR von den Subjekten dieses Austausches ausgenommen wird. Die neue Art der Vorführung des Friedenswillens findet da ihre Grenze, wo der Inhalt der bisherigen Politik angetastet wird. Jedoch macht gerade der auf territoriale Veränderungen zielende Inhalt der Politik die BRD gegenüber anderen Völkern zum Friedensstörer. Darüber hinaus zeigt in diesen Tagen das Sperrfeuer der Regierungsparteien gegen den Nonproliferationsvertrag, daß in Bonn alleweil noch die Instrumente der Großmachtpolitik vor der Entspannung kommen, daß die Regierung sich gegen alles sträubt, was über eine zu nichts verpflichtende Theatervorstellung hinausgeht.

[1] Die Lazzi des Ministers Wehner auf amerikanischer Bühne – die DDR solle, ihre Entspannungsfähigkeit zu beweisen, sich erst einmal jugoslawisch liberalisieren, um dann einen zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik ausgehandelten österreichischen Statuts annehmen zu dürfen – haben etwa die gleiche Bedeutung wie der auf derselbengeografischen Länge geäußerte Genieblitz Barzels, die SU dürfe in einer auf die Grenzen von 1937 erweiterten BRD einige Truppen stationieren – also keine reale. Möglicherweise sind sie mehr zur propagandistischen Einwirkung auf Brüder und Schwestern gedacht.

Die Fundgrube für den Bücherfreund ist die

ANTIQUARIATSBUCHHANDLUNG J. HÖFS

Köln · Gertrudenstraße 33 · Telefon 23 28 77

Ungestörtes Stöbern - Bedienung nur auf Wunsch - Ankauf von Büchern

Was sagen nun diejenigen, die von dem Schauspiel berückt werden sollen? Vor allem die Länder, deren Gebiete ganz oder teilweise beansprucht werden, geben sich aus reinem Egoismus nicht dem günstigen Eindruck hin, den die Bundesregierung erwecken will. In der schneidigen Terminologie des „Volkswirts" die „Nordflanke" oder die „Achse Ostberlin —Warschau—Moskau" genannt, verlangen sie eine echte Normalisierung, d. h. Anerkennung der bestehenden Grenzen, Aufgabe der atomaren Großmachtpläne. Da aber gerade dies aus der Regierungspolitik ausgeschlossen ist, bleibt das Neue nichts weiter als Show und Seelenmassage. Klar, wenn auch unbeabsichtigt, drückt das der „Volkswirt" aus: „Je größer die Fortschritte im Südosten, desto notwendiger gleichgeschaltete Bemühungen im Norden, mögen sie auch zunächst noch so enttäuschende Ergebnisse haben. Irgendwann wird die gesamteuropäische Konferenz beginnen, bis dahin darf es über den Entspannungswillen der Bundesrepublik bei dem Gros der europäischen Regierungen keinen Zweifel mehr geben." („Der Volkswirt", Nr. 5, 3. 2. 67).

Die Tatsachen arbeiten gegen diesen schönen Schein. In dem Maße, wie die reale Bedrohung der europäischen Sicherheit durch die Bundesregierung offenbar wird, gewinnt gerade die DDR an Wichtigkeit im europäischen Rahmen. Dazu Janos Kadar, nach „Volkswirt" Vertreter der bonnfreundlichen „Südflanke": „Wenn die Bonner Regierung, wie sie auch immer beschaffen sei, eine reale Politik führen will, muß sie zu der Erkenntnis kommen, daß das Bestehen von zwei deutschen Staaten ein unabänderlicher Charakterzug des gegenwärtigen Europa ist. Der eine der zwei Staaten, die DDR, hat auch schon bisher nicht nur Ungarn, sowie den Ländern des Warschauer Vertrages, sondern jedem Volk Europas unschätzbare Dienste geleistet, und zwar dadurch, daß er im Herzen Europas, auf deutschem Boden, die Grundlagen für die Zukunft legte und eine starke Stütze des Sozialismus und des Friedens aufbaute." (zit. nach IB, Nr. 21/22 1966).

Schon jetzt muß die Bundesregierung unangenehme Ergebnisse ihrer Politik einstreichen: nur bedingt gestützt von den Verbündeten, im Ruch des Friedensstörers, muß sie sich stemmen gegen den einzigen vernünftigen Schritt auf eine Abrüstung seit Jahren, spielt sie, die eigenen Kräfte überschätzend, Großmacht. Die Konstellation ist nicht neu. Aus ihr entstanden bereits zwei deutsche Trauerspiele mit Folgen von Weltbedeutung.

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

HELMIN

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 238116

Bericht des westdeutschen Delegierten

Helmut Preissler

Wir haben die Freiheit gepachtet vom reichen Amerika,
und der vereinbarte Zinsfuß
lastet nun stiefelgeschnürt und mit Eisen beschlagen
auf uns.
Denn aus dem Zinsfuß
erwuchs mit den Jahren ein kriegstoller Wechselbalg,
bringt uns zu Fall,
setzt uns den Fuß auf den Nacken,
grüßt mit „Heil Hitler!" und „Krupp über alles!".
Das Übel kommt davon:
Wir hatten die Freiheit gepachtet,
ohne zu fragen:
Für wen?
Frei sind in Westdeutschland:
Heusinger, Speidel, Sepp Dietrich und andre Faschisten;
frei sind: der Studienrat Zind, der Blutrichter Kanter
und andere Henker;
frei sind: der Kyffhäuserbund, Soldatenverbände
und Kriegervereine;
frei sind SA und SS und Nazipartei –
und frei
sind die Krupp und die Abs, Konzerne und Banken,
sind Lebensgewohnheiten kapitalistischer Wölfe:
Bestechung und Prostitution
und Gewalt.
Das Übel kommt davon:
Wir hatten die Freiheit gepachtet,
ohne zu fragen:
Wozu?
Und ohne zu fragen:
Wer trägt die Last jener Macht
auf gestiefeltem Zinsfuß?
Und dadurch stehen in Westdeutschland
Arbeiter krumm unterm Wunder
der kapitalistischen Wirtschaft
mit all seiner mordenden Freiheit
zu Feier und Kurzarbeit.
Dadurch stehen in Westdeutschland
Bürger mit hängenden Schultern inmitten
gespenstischer Wiedergeburt des Faschismus
mit Ausbeutung, Rassenhaß und Chauvinismus.
Und eben dadurch richten Millionen
sich auf zu Aktionen
gegen raketenbewaffnete Kreuzritter
westlicher Freiheit
und gegen die wachsende Last dividendengemästeter
Freiheitsapostel in schwarzbraunen Kutten.
Denn wenn in Westdeutschland alle Getretenen
aufstehn und pfeifen
auf jene gepriesene Freiheit aus Übersee,
dann rutscht die drohende Macht
auf gestiefeltem Zinsfuß
uns Deutschen den Buckel hinunter
und landet im Teich.

Der Kardinal oder Die Sympathie der Ideologien

Von Peter Bubenberger

Mir hilft der Geist! Auf einmal seh ich Rat
Und schreibe getrost: Im Anfang war die Tat.

(J. W. Goethe, Faust I)

I. Der Kardinal

„Die Juden in Deutschland vor Hitlers Machtantritt hatten viel zu großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluß in diesem Lande. Die Juden jener Zeit hatten großen Reichtum erworben und trugen diesen öffentlich zur Schau. Dies waren die Gründe, die psychologisch den Nationalsozialismus möglich machten."

So Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln am 19. Januar 1967 anläßlich eines einstündigen Gesprächs mit dem Präsidenten der amerikanischen Sektion des „Jüdischen Weltkongresses", Dr. Max Nußbaum.[1]) Folgt man dieser bis heute noch nicht widerrufenen Analyse des Nationalsozialismus durch Kardinal Frings, so war die erste, alles Folgende auslösende Tat: Zur Schau gestellte jüdische Macht. Daraus ergaben sich sekundär: Nationalsozialismus mit dem erklärten Ziel der Eliminierung der Juden in deutscher Wirtschaft, Politik und Kultur.

Beachtenswert ist, daß der Kardinal von den Gründen spricht, die den Nationalsozialismus und nicht den Antisemitismus möglich machten. Er vollzieht keine Trennung zwischen beiden Erscheinungen. Diese seine Deutung des Nationalsozialismus, die den Begriff „Faschismus" nicht kennt, und, wie sich erweisen wird, nicht kennen darf, bedarf größter Aufmerksamkeit. An ihr läßt sich die Stellung der katholischen Kirche zu dem Rechtsradikalismus unserer Tage ablesen, an ihr ist ein eventuelles Arrangement mit den Zielsetzungen der NPD evident. Nicht umsonst haben die Äußerungen von Frings bei der „Deutschen National Zeitung und Soldatenzeitung" ein begeistertes Echo gefunden, sie entbietet ihm „ergebenste Glück- und Segenswünsche."[2])

Denn:

„Kardinal Frings sieht keine große Gefahr in der NPD."[3])

Weder von der NPD droht also Gefahr, noch schlummert sie in ihr selbst. Eine wortgenaue Interpretation dieses Satzes ist unerläßlich, um nachfolgend die von Frings geschickt verschleierte Problematik seiner Äußerungen sichtbar zu machen. *„Heute gibt es nur eine kleine jüdische Gemeinde; deshalb besteht keine nationalsozialistische Gefahr.*

Ich bedaure die nationalsozialistischen Verbrechen, aber auch die Alliierten begingen viele Sünden, beispielsweise Bombardements von Dresden und der Kirchen."[4])

Für Kardinal Frings gibt es also nach Ausrottung und Vertreibung fast aller Juden in Deutschland keine Zukunft mehr für den Nationalsozialismus, wiederum geht seine bewußt oder unbewußt eingeengte Erkenntnis davon aus, daß Nationalsozialismus primär nur durch Rassismus, in diesem Falle Antisemitismus ausgelöst werden kann. Und so droht denn auch seiner Meinung und den Gesetzen seiner Logik zufolge von seiten der NPD keine Gefahr, noch ist sie in ihr begründet (was Dr. Nußbaum befürchtete), denn in Deutschland gibt es so gut wie keine Juden mehr, also kann es keinen Nationalsozialismus geben, weil es keinen Antisemitismus geben kann, weil es fast keine Juden mehr gibt.

Offensichtlich kann und will der Kardinal nicht erkennen, daß er in Erfüllung des Sprichworts „das Pferd vom Schwanz her aufzäumte". Da ihm an dieser Stelle auch keine Gedanken kommen, daß der Nationalsozialismus primär eben doch nicht auf Antisemitismus zurückgeführt werden kann, kommt für ihn eine Auseinandersetzung mit der NPD unter anderen Aspekten, z. B. dem des Faschismus, nicht in Frage.

So ist denn sein Schluß, der wiederum und bewundernswert konsequent keine Unterschiede zu machen weiß zwischen auslösender und daraus resultierender „Tat", keineswegs verwunderlich: er „bedauert" zwar, läßt jedoch schnell ein kräftiges „aber" folgen. Und als ihm der Rabbiner entgegenhielt, daß man die Kriegsbombardements der Alliierten wohl nicht gegen den kaltblütigen Mord von sechs Millionen Menschen aufrechnen könne, antwortete ihm der Kardinal, damit unmißverständlich klarstellend, wo er geistig und politisch seine Heimstatt hat:

„Sind Sie sicher, daß es sechs Millionen waren?" [5])

Bevor nun die reiche Summe der Äußerungen des Kardinals auf ihren politischen Inhalt, auf die heutige Ideologie der katholischen Kirche und auf zukünftige Entwicklungen hin untersucht wird, muß deutlich gemacht werden, daß der höchste Würdenträger und Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland nicht nur in einem privaten Gespräch mißverständliche Worte gemacht hat, sondern daß das, was er sagte, auch so von ihm gedacht wird. (Der Vatikan erklärte, Nußbaum sei „absolut zuverlässig"). Denn die Anschauungen und Erkenntnisse von Frings über das „Dritte Reich" und dessen Entstehen sind bei nur zu vielen der von ihm geführten katholischen Christen latent und neuerlich auch offen vorhanden. Er selbst gibt das beste Beispiel dafür. Es hieße auch die Gefährlichkeit seiner Äußerungen verharmlosen, wenn man sie, wie in zahlreichen Presseberichten geschehen, als „ungeschickt" bezeichnete, oder wenn man, wie diplomatische Kreise des Vatikans es taten, behauptet, „mit Frings sei wohl das rheinische Temperament durchgegangen."

II. Chronologie des Konflikts

Zur besseren Einsicht des Lesers in den zum Teil öffentlich, zum Teil diskret verschwiegen ausgetragenen Konflikt ist eine genaue Darstellung aller Verwicklungen dieses „Falles" notwendig.

— am 19. 1. 1967 fand in Köln ein Gespräch zwischen Dr. Nußbaum und Kardinal Frings statt, in dem Dr. Nußbaum seine Sorge über das Anwachsen der NPD in der Bundesrepublik Deutschland äußerte. Frings antwortete mit den in Auszügen bereits wiedergegebenen Erklärungen.

— am 30. 1. 1967 wurden durch den „Spiegel" in der Rubrik „Personalien" die Äußerungen von Frings der Öffentlichkeit zum erstenmal zugänglich. Eine Stellungnahme kirchlicher Kreise oder gar des Kardinals selbst blieben auf diese Meldung hin aus.

Erst als Alfred Wolfmann, Redakteur der in Düsseldorf erscheinenden „Allgemeinen Unabhängigen Jüdischen Wochenzeitung"

— am 3. 2. 1967 einen ausführlicheren Bericht über das Gespräch brachte, erfolgte die erste Reaktion seitens der Kölner Erzdiözese, und zwar in Form einer

— am 3. 2. 1967 abgegebenen Erklärung des Kölner Generalvikariats, in der die Verdienste des Kardinals bei der Erstellung des „Judenschemas" auf dem 2. Vatikanischen Konzil und seine tapfere Haltung während der Nazizeit hervorgehoben wurden, was nun, so heißt es, „eine solche, die Juden beschämende Antwort gefunden hat." Die Äußerungen des Kardinals seien außerdem sinnentstellend aus dem Zusammenhang gerissen worden, und die Jüdische Wochenzeitung möge sich von dem Artikel distanzieren.

Daß die Erklärungen von Frings aus dem Zusammenhang gerissen seien, widerlegte ein Fernschreiben, daß Dr. Nußbaum aus den USA dem Vorsitzenden der „Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit", Wilhelm Unger, schickte, in dem der Rabbiner noch einmal Wort für Wort seinen in Wolfmanns Artikel publizierten Bericht von dem Gespräch bestätigte.

— am 4. 2. 1967 folgte eine weitere Erklärung des Generalvikariats, die besagte, daß dem Rabbiner Dr. Nußbaum das Gespräch „aus Gefälligkeit" gewährt worden sei. Anscheinend sollte damit die Veröffentlichung des Gesprächsinhalts das Kainszeichen der Unfairness und Unsittlichkeit erhalten. Weiter ist in dieser Erklärung die Absage des Erscheinens von Kardinal Frings zur „Woche der Brüderlichkeit" angekündigt, wenn sich nicht die Kölner jüdische Gemeinde von den Polemiken gegen Frings distanziere. (Die Woche der Brüderlichkeit wurde von der bereits erwähnten „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" vom 5. bis 12. 3. 1967 in Köln veranstaltet.)

— am 10. 2. 1967 empfängt der Kardinal auf seine Einladung hin den Gemeinderabbiner und den Vorstand der Synagogengemeinde Köln zu einer Aussprache, deren Ergebnisse in der „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln" vom 17. 2. 1967 fixiert sind: „Alle bedauerten die Mißverständnisse, die sich ergeben haben, und versicherten mir wiederholt, das seit Jahrhunderten eine aufrichtige Freundschaft zwischen der Synagoge und den Erzbischöfen von Köln bestanden hat."

Und, verweisend auf einen am 22. 5. 1959 anläßlich der Wiedereinweihung der Kölner Synagoge veröffentlichten Brief, in dem er geschrieben habe:

„Die Verfolgung der Juden durch das hitlerische Regime und die Zerstörung ihrer Kultstätten sind vielleicht die schlimmste Kulturschande unseres Jahrhunderts ... Der Makel, zu solchen Greueltaten fähig gewesen zu sein, ist nicht ganz wegzuwischen."

Die Affäre findet für Frings ihren Abschluß in einem Hirtenbrief (Nr. 73)

— vom 23. 2. 1967, erschienen am 1. 3. 1967 im „Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln".

Hierin wird zur „Woche der Brüderlichkeit" aufgerufen, die unter dem Leitwort „Seid wachsam" stehe. Wachsamkeit sei notwendig, „wenn nicht eines Tages die Barbarei der nationalsozialistischen Diktatur wiederkehren soll."

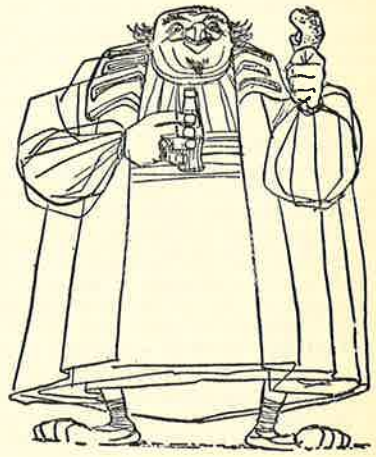
„Innerhalb und außerhalb Deutschlands sind wenigstens sechs Millionen Juden, darunter mehr als eine Million Kinder, in schrecklichster Weise hingemordet worden. Es bleibt ein nicht auszulöschendes Schandmal des deutschen Volkes, daß sich Tausende von Helfershelfern gefunden haben, diesen wahnwitzigen Plan eines Menschen auszuführen, der alle sittlichen Bindungen von sich geworfen hatte."

Mehr hat Frings nicht zu sagen, für ihn ist die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Vergangenheit und Gegenwart damit vollzogen.

Rabelais sagt in

„Gargantua und Pantagruel":

Der Appetit kommt beim Essen, der Durst schwindet beim Trinken.



8063 C

Was bleibt, ist herrliches Wohlbefinden. Trinken Sie deshalb, sobald Sie durstig sind, eine Flasche sprudelnd-frisches „Coca-Cola". Bei einer Flasche „Coca-Cola" verlieren Sie Ihren Durst im Handumdrehen. Dafür finden Sie aber ebenso rasch eine wunderbar wohltuende Erfrischung.

Mach mal Pause . .

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

Am 5. 3. 1967 spricht er im Kölner Gürzenich nun doch zur „Woche der Brüderlichkeit" und erklärt auf eine Frage aus dem Publikum, ob er hier in der Öffentlichkeit noch einmal konkret zu seinen Aussagen des Gesprächs mit Dr. Nußbaum Stellung nehmen wolle:

„Ich habe alles in meinem letzten Hirtenbrief gesagt."

Zwischen der ersten Veröffentlichung des Gesprächs und dem Auftreten von Frings zur „Woche der Brüderlichkeit" hatten sich (und das zu wissen, ist notwendig zum Erkennen der Taktik des Kardinals) hinter den Kulissen und der Öffentlichkeit nicht zugänglich einige Dinge getan. Mehrere Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" waren in Erkenntnis des politischen Inhalts der Äußerungen nicht bereit, sich mit den zitierten „Dementis" zufriedenzugeben. Sie forderten durch ihren Sprecher Wilhelm Unger den Kardinal wiederholt auf, konkret zu seinen Äußerungen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls von ihnen abzurücken. Sollte dies nicht geschehen, so würden sie aus dem Vorstand der Gesellschaft ausscheiden.

Durch einen Mitarbeiter des Kardinals war Unger eine vorbereitete Erklärung von Frings zugekommen, „die uns alle befriedigen würde — der Kardinal bewegt sie noch in seinem Herzen."

Als dann der Hirtenbrief erschien, war die Enttäuschung groß, mit dem erwähnten Entwurf hatte er so gut wie nichts mehr zu tun.

Das letztlich doch unpolitische Denken dieser Leute um Unger suchte und fand „nach genauer Interpretation" (Unger) in dem Hirtenbrief doch noch eine Lösung, die nicht zum Rücktritt zwang: hatte der Kardinal doch von „sechs Millionen" gesprochen, und gewarnt hatte er auch vor der Wiederkehr der nationalsozialistischen Diktatur. „Glauben Sie, daß man einen Achtzigjährigen noch ändern kann?" wurde resümierend gesagt und die Segel gestrichen vor der nachfolgend skizzierten Taktik des Kardinals, in der es schließlich nur noch um eines ging:

seine Äußerungen ihres politischen Inhalts zu entkleiden.

Die erste Reaktion des Kardinals war aggressiver Art: seine Äußerungen seien sinnentstellend aus dem Zusammenhang gerissen worden. Das bedeutet: Nußbaum hat nicht die volle, ihm bekannte Wahrheit gesagt.

Und geschickt entpolitisierte er seine Aussage durch Betonung seines persönlichen Philosemitismus in der Nazizeit und beim Konzil. Übrigens hatte nicht einer seiner Gegner in diesem Streit behauptet, die Äußerungen von Frings seien antisemitisch.

Seine zweite Erklärung durch das Generalvikariat war zumindest ebenso aggressiv wie die erste: das Gespräch sei dem Rabbiner „aus Gefälligkeit" gewährt worden. Das bedeutet: auf die Gefälligkeit ist Undank erfolgt in Form der Publizierung der Gefälligkeit.

Ein entscheidender, raffiniert angelegter Versuch, den Konflikt auf eine andere Ebene als die politische zu verlagern, war die Aufforderung an die Synagogengemeinde, seine philosemitische Integrität zu bekräftigen. Raffiniert deshalb, weil die jüdische Gemeinde mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hatte. Woher sollten auch der Gemeinderabbiner und der Vorstand wissen, daß es „Mißverständnisse" gegeben hatte, da sie bei dem Gespräch zwischen Frings und Nußbaum nicht anwesend waren? In allgemeinen Formeln seiner Abscheu vor den Greueln der Nazizeit Ausdruck zu geben, ist Frings nur zu gern bereit, denn dadurch bleibt ihm eine Dementierung oder gar Neuformulierung seiner durchaus politisch gemeinten Ansichten erspart. Wieder kommt er an der geforderten Interpretation seiner Thesen über die Ungefährlichkeit der NPD und über das Entstehen des Nationalsozialismus vorbei.

Daß er schon 1959 bereit war, gewisse Abstriche an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu machen, beweisen die zitierten Sätze aus seinem Brief:

„Die Verfolgung der Juden... und die Zerstörung ihrer Kultstätten" (von physischer Ausrottung durch Massenmord ist nicht die Rede) „sind vielleicht" (wieso nur „vielleicht", hat er noch Schlimmeres zu bieten, vielleicht die Bombardements von Dresden und der Kirchen?) „die schlimmste Kulturschande" (im täglichen Sprachgebrauch wird das Wort „Kulturschande" durchaus nicht negativ wertend gebraucht, sondern beinahe floskelhaft) „unseres Jahrhunderts". (Bemerkenswerterweise hatte Frings in seinem Referat am 5. 3. 1967 den Judenmorden in vergangenen Jahrhunderten erheblich mehr Raum gegeben als denen dieses Jahrhunderts durch die Nazis.) „Der Makel, zu solchen Greueltaten fähig gewesen zu sein, ist nicht ganz wegzuwischen." Diesem „nicht ganz" hat er neuerlich die Aufrechnung mit den „vielen Sünden der Alliierten" hinzuzufügen.

In seiner letzten Erklärung nun, dem Hirtenbrief Nr. 73, zu dem sich der Kardinal nur nach massivem Druck seitens der Leute um Unger durchringen konnte, macht Frings wieder eine politische Aussage zur Ermordung der Juden durch den Nationalsozialismus, die allerdings der Interpretation durch geschickter formulierende faschistische Kreise in der Bundesrepublik um nichts nachsteht:

alles ist möglich geworden durch den „Plan eines wahnwitzigen Mannes" und seiner „Helfershelfer".

Daß es eine Ideologie, ein System war, das die Vernichtung nichtarischer Rasse, insbesondere der Juden, als Mittel zum Erreichen politischer Ziele anwandte, spricht er nicht aus.

Und zur Satisfaktion der erregten Gemüter (daß es nicht um Zahlen geht, weiß er anscheinend wohl, also sollen sie in Gottes Namen ihre Zahl haben) vermag er auf einmal von sechs Millionen Ermordeten zu sprechen, eine Zahl, die er einen Monat zuvor noch in Zweifel gezogen hatte.

III. Sympathie der Ideologien

„Während der Katholizismus eine großartige christlich fundierte Lehre von Recht und Gerechtigkeit entwickelt hat, hatte der Protestantismus, zum mindesten das Luthertum, eine solche Lehre nicht aufzuweisen. Das hat sich in den Zeiten des Nationalsozialismus als verhängnisvoll erwiesen. Die vermeintliche Eigengesetzlichkeit des Rechts, der juristische Positivismus, mündete damals folgerichtig in die notgedrungene Anerkennung des totalen Staates und seiner Gesetze aus." [6]) Dieses hier angeschnittene Problem des Kirchenrechts bedeutet formelhaft verein-

Stimmen zur Zeit

In dieser Reihe erscheint Ende März

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie
an der Zerstörung der Weimarer Republik

mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Dokumenten

ca. 110 S., glanzkart. DM 6,90

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

Pahl-Rugenstein Verlag · 5 Köln · Barbarossaplatz 2

facht im Hinblick auf die Wirklichkeit der katholischen Kirche: der von Gott eingesetzte Priester ist der rechtmäßige Mittler zwischen Gott und Mensch, er ist der konkrete Vertreter der irrationalen Gottheit auf Erden. Ihm stehen in gewissem Rahmen Funktionen göttlicher Rechtsprechung zu, zum Beispiel Auferlegung von Bußen, also Bestrafung und Absolution. (Die Stellung der protestantischen Kirche, die diesen „Stellvertreter" nicht kennt, zu Nationalsozialismus und Faschismus an dieser Stelle zu untersuchen, würde zu weit vom eigentlichen Thema abweichen.) Mit dieser göttlichen Einsetzung sind dem Priester Machtvollkommenheiten gegeben, die, was die Organisation der katholischen Kirche betrifft, zu einer hierarchischen, autoritären Struktur führen, da sie nicht von unten, sondern von oben her aufgebaut ist. Naturgemäß fällt es der katholischen Kirche von ihrer Struktur her, die auf eine autoritäre, durch göttlichen, nicht rationellen Ratschluß entstandene Obrigkeitsgläubigkeit angelegt ist, nicht schwer, sich mit weltlichen Herrschaftsformen ähnlicher Struktur, wie sie zum Beispiel dem Faschismus eigen ist, zu arrangieren. Sichtbarster Beweis dafür ist wohl die Stellung der katholischen Kirche zu den faschistischen Regierungen Italiens, Spaniens und Deutschlands vor und während des 2. Weltkrieges, am klarsten dokumentiert durch das 1933 zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Vatikan abgeschlossene „Reichskonkordat".

Es ist nicht zu bestreiten, daß die katholische Kirche heute in ihrer überwältigenden Mehrheit der Politik der Bundesregierung zustimmend zur Seite steht, sie hat sogar durch ihre Integrierung in die CDU/CSU und durch die Aufrufe in Kirchen, eine „christliche Partei" (seit einiger Zeit auch die SPD) zu wählen, einen wesentlichen Teil aktiver Mitarbeit zur innen- und außenpolitischen Situation geleistet.

Nicht übersehen werden darf auch in diesem Zusammenhang, daß alle vergangenen und auch diese neue Bundesregierung der „Großen Koalition" kontinuierlich auf eine Entdemokratisierung der Bundesrepublik hingearbeitet haben, daß durch Schaffung der Notstandsgesetze, der Stabilisierungsgesetze, durch den Aufbau einer neuen Militärmacht auf der Tradition des deutschen Militarismus und durch die rigorose Beschneidung des Grundgesetzes ein Abbau demokratischer Freiheit zugunsten direkterer Machtausübung durch die Regierung und die sie tragenden Kräfte erreicht worden ist und weiter forciert werden soll. Die Führung der katholischen Kirche Deutschlands steht diesen Entwicklungen durchaus bejahend gegenüber, sie unterstützt auch voll die außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung. Um einen konkreten Fall anzuführen: die materielle und ideelle Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam. Verwiesen sei dazu auf die Äußerungen führender katholischer Moraltheologen und Geistlicher über den Einsatz von Napalmbomben in Vietnam, der von den allerwenigsten eindeutig verurteilt wird, der Krieg selbst wird von den meisten sogar befürwortet.[7])

Zweifel an der von der Bundesregierung betriebenen Konsolidierung der Klassengesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsform sind der katholischen Kirche, ebenfalls nicht gekommen. Dies würde nämlich in letzter Konsequenz die Auflösung ihrer hierarchischen Ordnung bedeuten, und daran kann dieser Kirche wahrhaftig nicht gelegen sein.

22 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus haben sich die klassischsten Elemente dieser Epoche in der Bundesrepublik wieder restaurieren können. Mit der Notstandsverfassung und dem riesenhaft angeschwollenen Rüstungsetat als klarste Konsequenz dieser Restaurierung, mit dem Entstehen und vor allem dem Erfolg der NPD in aller Legalität, mit der Aufnahme nationalistischen Gedankenguts dieser NPD in den Regierungsparteien und der Forderung nach der Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1937 offiziell durch alle Parteien, zeigt diese Bundesrepublik weithin sichtbar reaktionäre Züge.

Und der Organisation der katholischen Kirche, die eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung der Bundesrepublik gespielt hat, sind heute keine Schranken gesetzt, neuen faschistischen Entwicklungen zustimmen zu können. Der „klassische Faschismus", wie er bei uns wieder deutlich zu werden beginnt mit seiner Beschränkung auf nationalpolitische, nationalwirtschaftliche und sozialpolitische Ziele unter weitgehendem Wegfall der völkisch-heidnischen Aspekte (des Nationalsozialismus z. B.) baut sich der katholischen Kirche nicht als ideologischer Gegner auf, wie dies bei Sozialismus und Kommunismus der Fall ist, deren Struktur anti-hierarchisch ist, und die dem autoritären Herrschaftsanspruch der Kirche die Forderung nach der klassenlosen Gesellschaft entgegensetzen.

Die Bejahung der Regierungspolitik auf ausnahmslos jedem Gebiet durch die Führungsgremien der katholischen Kirche und ihre aktive Integrierung bis in die Regierung dieses Staates hinein lassen keine andere Deutung als die zu, daß beide Ideologien durch größte Gemeinsamkeiten in Grundlage, Interessen und Zielsetzungen eine tiefe Sympathie füreinander verspüren.

Dieser „Geist" der katholischen Kirche war es auch letztlich, der dem Kardinal beim Formulieren seiner Ansichten über das Entstehen des Nationalsozialismus und über die Ungefährlichkeit der NPD zu Hilfe kam, der ihm die Taktik eingab, die vollzogene Politische Analyse wieder zu entpolitisieren und zu verschleiern, damit er sie nicht dementieren oder deutlicher formulieren müsse. Es ist der gleiche Geist, der den katholischen Bischöfen einmal den Rat gegeben hatte, die Kanonen der Wehrmacht Hitlers und mit ihnen den „Geist" der sie produzierenden und abfeuernden Kanoniere zu segnen.

Unter den Kardinälen des 2. Vatikanischen Konzils wurde Frings als einer der fortschrittlichsten bezeichnet —welch ein Fortschritt! Im hohen Alter von 80 Jahren hat er zukunftsweisend und am fortschrittlichsten im Kreise des Kollegiums nationalsozialistische Vergangenheit und bundesrepublikanische Gegenwart bewältigt. Frings mag für seine Person kein Faschist sein; nichts Entscheidendes jedoch hat er getan, zu verhindern, daß er für Faschisten zu gebrauchen ist.

In den Kreis derer, die das Leitwort der „Woche der Brüderlichkeit" meint, müssen der Kardinal und alle „fortschrittlichen" Kräfte der katholischen Kirche einbezogen werden:

„seid wachsam!"

Register:

1) Allgemeine Unabhängige Jüdische Wochenzeitung, Düsseldorf, 3. 2. 1967
2) Deutsche National Zeitung und Soldatenzeitung vom 3. 2. 1967
3), 4) und 5) siehe unter 1)
6) Gustav Radbruch: Rechtsphilosophie K. F. Koehler Verlag Stuttgart 1963, Aufsatz im Anhang „Gerechtigkeit und Gnade" (1949)
7) Günter Wallraff: „Napalm? Ja und Aden", in „Pardon", Deutsche satirische Monatszeitschrift, Nr. 3 März 1967

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Zweimonatszeitschrift (Heft DM 2,–, Jahresabonnement und Porto DM 13,80).

Hauptthema Nr. 1 Januar/Februar 1967: Marxisten und Christen

Hauptthema Nr. 2 März/April 1967: Konjunkturrückgang und Wirtschaftspolitik

Anfragen, Bestellungen, Probehefte:
Marxistische Blätter – 6 Frankfurt/Main W 13 – Kurfürstenstraße 8 (K)

Zehn Thesen zur Parteiendiskussion

von Wilfried Lahno

1. Die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik, das Streben der herrschenden Klasse nach umfassender Befestigung ihrer politischen Macht und die nun auch institutionelle Integration der SPD in den staatsmonopolistischen Herrschaftapparat haben eine objektiv neue politische Lage geschaffen, die neue Überlegungen zur Organisierung der demokratischen und sozialistischen Linken in der Bundesrepublik rechtfertigt.

2. Der Kern der neuen Lage besteht darin, daß die Formierung der westdeutschen Gesellschaft in Richtung auf eine objektiv faschistische Stabilisierung der bestehenden Klassenherrschaft, unter Ausschaltung bürgerlich-demokratischer Formen der politischen Willensbildung, drohend bevorsteht.

3. Diese Situation bestimmt die Hauptaufgabe aller Sozialisten, die nicht nur richtig interpretieren, sondern konkret politisch verändern wollen: Sozialistische Politik besteht heute nicht darin, verbal den Weg zum Sozialismus zu proklamieren, sondern darin, aktiv den Weg zu seiner historischen Verwirklichung offenzuhalten. Nicht der Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung steht heute auf der westdeutschen Tagesordnung, sondern der Kampf für die Erhaltung des Grundgesetzes. Denn nur im Institutionensystem der bürgerlichen Demokratie kann der Klassenkampf von unten sich entfalten und nur in diesem Kampf kann die westdeutsche Arbeiterklasse sich erst wieder als revolutionäre Kraft konstituieren.

4. Deshalb muß die Verfassung mit allen, auch parlamentarischen Mitteln verteidigt werden.
Die SPD, von ihrer rechten, selbst schon (klein)bürgerlichen Mehrheit auf die Rolle fixiert, die politische Unbewußtheit der Arbeitermassen zu gewährleisten und einer reibungslosen Durchsetzung der Kapitalinteressen nutzbar zu machen, ist aktiv am Abbau der verfassungsmäßigen Ordnung beteiligt. Von ihr ist keine Hilfe zu erwarten. Andererseits hat auch die jüngste Entwicklung dieser Partei keine linken Kräfte in dem Maße freigesetzt, daß die Sozialisten jetzt selbständig den parlamentarischen Kampf aufnehmen könnten.

5. Für eine Sozialistische Partei fehlt immer noch jede reale Basis. Soll mit ihr nicht nur wieder einmal eine Fahne aufgepflanzt werden, soll sie vielmehr tatsächlich als Partei im verfassungsrechtlichen Sinne funktionieren, so belehrt ein Blick ins Bundeswahlgesetz über ihre Aussichtslosigkeit. Da sie gegenwärtig nicht entscheidend in der Arbeiterschaft Fuß fassen könnte, würde sie zudem als vorwiegend akademische Organisation den Sozialismus als politische Bewegung der Arbeiterklasse unglaubwürdig machen. Schließlich wäre eine Sozialistische Partei gegenwärtig, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten angesiedelt, von Anfang an einem auszehrenden Dissoziationprozeß ausgesetzt, der durch ständige Abgrenzungsprobleme, vor allem zur DDR, noch von außen verstärkt würde.

6. Aber die Sozialisten stehen in ihrem Kampf für die Verfassung nicht allein.

Die fortgeschrittensten Vertreter der nicht-monopolistischen Bourgeoisie haben erkannt, daß die Faschisierung der Bundesrepublik auch ihre Lebensinteressen bedroht. Das verstärkte Engagement der bürgerlichen Intelligenz für Ostermarsch und Anti-Notstandsbewegung zeigt die Bewußtheit dieser partiellen Interessengleichheit an. Zudem hat die Selbstgleichschaltung der SPD, wenn auch nicht zur Freisetzung sozialistischer Kräfte, so doch dazu geführt, daß in der Wähleröffentlichkeit das Verlangen nach einer Wahlalternative gewachsen ist.

7. Ist also der Kampf um die Verfassung eine Voraussetzung für die Möglichkeit sozialistischer Politik, sind die Kräfte der Sozialisten zu schwach, ihn selbständig zu führen und läßt sich seine gemeinsame Organisierung mit dem fortschrittlichen Bürgertum auf eine teilweise Interessengleichheit stützen, so ist die breite demokratische Allianz das Gebot der Stunde. Nur das Bündnis aller demokratischen Kräfte hat noch eine Chance, dort, wo der Wille der herrschenden Klasse in Rechtsformen gegossen wird, im Parlament, seine Stimme erheben zu können, von dieser Tribüne aus die Massen wachzurütteln. Nur mit der Ausstrahlungskraft vieler hervorragender Persönlichkeiten aus Antinotstands- und Ostermarschbewegung, und mit dem partei-organisatorischen Potential der DFU, das sie selbst angeboten hat, sind die Hindernisse des Bundeswahlgesetzes zu überwinden. Und nur auf diesem Wege könnte es geschehen, daß der Deutsche Bundestag im Jahre 1969 nach langer Zeit wieder sozialistische Vertreter in seinen Reihen sieht.

8. Die Sozialisten werden sich für diesen Weg entscheiden müssen, wollen sie nicht kampflos hinnehmen, daß eine neue Spielart des Faschismus auf unabsehbare Zeit den Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der westdeutschen Gesellschaft unmöglich macht. Sie brauchen sich zu diesem Zweck nicht in bürgerliche Demokraten zu verwandeln. Im Bewußtsein des Bündnischarakters der demokratischen Allianz, in Erkenntnis ihrer historischen Funktion, können letztlich nur sie, mit der fortgeschrittensten Theorie, dem höchsten Maß an politischer Erfahrung ausgestattet, die Allianz politisch handlungsfähig machen. Sie werden deshalb gerade als Sozialisten gebraucht.

9. Die sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik kann diese Aufgabe, die die objektive Entwicklung ihr stellt, nicht in der Zersplitterung erfüllen. Nur das Zweckbündnis aller sozialistischen Gruppen, wie es ohnehin seit langem überfällig ist und jüngst von Sozialistischem Bund und SDS gemeinsam verlangt wurde, kann sie zum politisch-rationalen Zentrum einer demokratischen Allianz machen. Aber auch nur eine Föderation, die sich auf diese erste Stufe zunächst beschränkt und nicht Partei wird, kann diese Aufgabe erfüllen. Denn das geltende Wahlrecht läßt die Allianz nur als eine, wenigstens formal einheitliche Partei, nicht aber als Parteienvereinigung zur Wahl zu. Andererseits können aber auch die Sozialisten nur durch eine solche Form der Zusammenarbeit ihre eigene Sache gegenwärtig vorwärtsbringen: die Schaffung einer nichtparteilichen Diskussionsbasis würde es ermöglichen, die gemeinsamen Grundlagen sozialistischer Theorie wieder stärker zu vermitteln, es aber vermeiden, daß mancher Gewerkschafter vor eine organisatorische Entscheidung gestellt wird, für die die Zeit nicht reif ist. Und schließlich wird erst die organisierte ständige Diskussion unter Sozialisten, das Maß an Klärung bringen, das Voraussetzung für eine künftige sozialistische Partei ist.

10. Daß der kurze Weg besser ist als der lange, das leugnet keiner. Aber wenn ihn einer weiß und vermag ihn uns nicht zu zeigen, was nützt uns seine Weisheit?

(Bertolt Brecht)

Kölner Studienkreis für Gesellschaftspolitik

Der „Kölner Studienkreis für Gesellschaftspolitik" knüpft an eine alte Tradition an. Die Geschichte unserer Stadt Köln ist mit dem Namen Marx, Engels, Moll und Bebel verbunden. Der „Kölner Studienkreis für Gesellschaftspolitik" will durch Vorträge und Aussprachen helfen, insbesondere die gesellschaftliche Stellung des arbeitenden Menschen in unserer Zeit klarzustellen. Es versteht sich, daß eine moderne Gesellschaftspolitik an der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital – Kapitalismus und Sozialismus – nicht vorbeigehen kann.

Stabilisierung einer verfehlten Politik oder Stabilisierung der Volkswirtschaft?	6. 3. 1967
Europäische Sicherheit	3. 4. 1967
Sichere Arbeitsplätze trotz Automation?	8. 5. 1967
Das Verhältnis der Kommunistischen Parteien Westeuropas zur Demokratie	5. 6. 1967
Wiedervereinigung oder Neuvereinigung?	4. 9. 1967
Oktoberrevolution – fünfzig Jahre danach (mit Filmvorführung)	2. 10. 1967
Der Neofaschismus in der Bundesrepublik und seine Wurzeln	6. 11. 1967
Vietnam und der Weltfrieden	4. 12. 1967

Die Veranstaltungen finden statt in der Gaststätte zur Post, Inhaber Josef Aders, 5 Köln-Mülheim, Adamsstraße 20/22 (Nähe Wiener Platz).

Beginn: 19.30 Uhr
Änderungen vorbehalten

Nationalpreis

Von Paul Schallück

Endlich haben auch wir unsern Nationalpreis. Offiziell heißt er „Konrad-Adenauer-Preis". Von einer „Deutschland-Stiftung e. V.", die im Dunkeln bleibt, ihre Geldgeber nicht nennen will, wird er mit je 10 000 DM verliehen für Literatur, Publizistik und Wissenschaft.

Gemäß den Statuten der „Deutschland-Stiftung e. V." und den Belobigungen, die bei der ersten Preisverleihung artikuliert wurden, ist dieser bundesrepublikanische Nationalpreis ein Preis, der diejenigen preisen soll, die Nationales gepriesen haben. Wer den Preis erhalten will, muß zuvor bewiesen haben, daß er „wirksam dem wachsenden Einfluß staatszersetzender Erscheinungen entgegengetreten" ist, daß er einer „um sich greifenden Amoral", einem „zügellosen Materialismus" und der „Freiheit, die in Anarchismus ausartet", Widerstand geleistet hat.

Dann kann er, wie Bernt von Heiseler, mit dem neuen Nationalpreis preisgekrönt werden für „mutiges Eintreten gegen literarische Herabwürdigung und Zerstörung ethischer Werte und Bindungen"; wie Armin Mohler für „mutiges Eintreten gegen die auflösenden Kräfte unserer Zeit"; wie Ludwig Freund für die „Wiedergeburt einer verantwortungsbewußten Staatsgesinnung" und die „Neubelebung eines gesunden Nationalgefühls auf der Grundlage notwendiger Selbstachtung."

Wir kennen solche Vokabeln. So sprechen Pharisäer, die vorgeben, Moral und Staatsgesinnung gepachtet zu haben und alle Andersdenkenden zersetzend, verantwortungslos, amoralisch schimpfen. Ihre Formulierungen ähneln fatal den Aussprüchen Hitlers und anderer Diktatoren. Immer, wenn man demokratisch notwendigen Kritikern das Maul stopfen will, tönt die Fanfare: „zersetzend!" Immer, wenn Leute ihre Spießbürger-Moral des vergangenen Jahrhunderts allen aufoktroyieren möchten, zetern sie von „um sich greifender Amoral", vom „zügellosen Materialismus", von „auflösenden Kräften", von „Zerstörung ethischer Werte und Bindungen".

Immer schon haben Feinde demokratischer Freiheiten, bevor sie die Freiheit unterdrückten mit Gesetzen, Verordnungen, Polizeigewalt, Terror, von „Anarchismus" getönt, an „verantwortungsvolle Staatsgesinnung" appelliert, vom „gesunden Nationalgefühl", von nationaler „Selbstachtung" gefaselt. Schon immer hat sich dahinter national-konservatives, nationalistisches, revanchistisches, reaktionäres, faschistisches Denken, eher Fühlen als Denken, versteckt. Das ist unserm Land schon zweimal zum Verhängnis geworden.

Genügt es, vor ihnen zu warnen, sie Symptome eines neu erwachten Rechtsradikalismus zu nennen; darauf hinzuweisen, daß der Schatzmeister dieser „Stiftung" 1939 antisemitische Hetze betrieben hat; daß ein Stifter gesagt hat, er wolle das Sudetenland, Böhmen, Mähren, Schlesien ins christliche Abendland zurückholen; daß die „Stiftung" im Hause eines Rechtsanwalts residiert, der zu Henleins „Sudetendeutscher Partei", zum rechtsradikalen Wittiko-Bund gehörte; daß Kurt Ziesel, nationalistischer Fabrikant vieler Halbwahrheiten, Generalsekretär ist?

Bei der Preisverleihung durch Ministerpräsident Goppel waren anwesend: Adenauer, Gerstenmaier, Guttenberg, katholische, protestantische Kirchenfürsten, von Habsburg, wenigstens 50 Bundes- und Landtagsabgeordnete, Hochschulrektoren, Professoren, Generäle, Generaldirektoren. Wir dürfen die Gefahr rechtsradikaler Parteien nicht unterschätzen. Aber wir müssen endlich einsehen, daß Personen, die heute vorm Rechtsradikalismus warnen, morgen eine „Deutschland-Stiftung" durch ihre Anwesenheit legitimieren, entweder Heuchler oder Blinde, jedenfalls ebenso gefährlich sind, weil sie Demokratie, Staat und Volk auf kaltem Wege, langsam vergiften.

Tagung: „Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus"

Am 7. bis 9. April trafen sich, auf Einladung der „Marxistischen Blätter" mehr als 300 Marxisten des In- und Auslandes in Frankfurt, marxistische Theoretiker aus Belgien, der DDR, England, Frankreich, der Schweiz, der CSSR und der UdSSR befanden sich unter den ausländischen Gästen.

In drei Hauptreferaten und zahlreichen Diskussionsbeiträgen behandelte man die neuen Tendenzen des Kapitalismus und die Folgerungen, die die Arbeiterklasse daraus zu ziehen hat. Im Mittelpunkt standen die drei Hauptreferate von Dr. Schäfer, Darmstadt, Prof. Dr. Dobb, Cambridge, und Prof. Heß, Ostberlin. Das auffallendste Phänomen des modernen Kapitalismus ist neben der Herausbildung marktbeherrschender Großunternehmen die Rolle, die der Staat bei der Regulierung der Wirtschaft spielt. Während diese „Staatsmonopolistische Programmierung" in der deutschen Wirtschaft der Nachkriegszeit, deren Entwicklung ohne tiefe Produktionseinbrüche vorangeschritten war, noch relativ wenig Bedeutung hatte, gewinnt sie heute, bei Stagnation und Krise, zunehmende Wichtigkeit. Der alte Widerspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung findet hier seinen vorerst höchsten Ausdruck.

Besonders Prof. Heß legte diesen Widerspruch mit marxistischer Metodik dar und zeigte auf, wie er sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dokumentiert.

Die private Wirtschaft hat in der Vergangenheit ständig mehr Kapital akkumuliert. Die riesigen Produktionsapparate verlangen eine langfristige Disposition und Planung, um wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern, die sich der Kapitalismus umso weniger leisten kann, als er ständig das Beispiel eines gegensätzlichen, funktionierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vor Augen hat.

Die innerbetriebliche Planung reicht jedoch nicht aus, da der reibungslose Ablauf des Wirtschaftsprozesses von vielerlei außerhalb des direkten Einflußbereichs des einzelnen Konzerns liegenden Faktoren abhängt.

Prof. Heß: „Der Staat, das politische Machtinstrument der herrschenden Klasse, muß notwendig mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der staatlichen Gewalt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um von dieser Höhe die Bedingungen der Profitproduktion und das weitere Funktionieren des längst für seine Ablösung reifen kapitalistischen Systems zu sichern."

So erhalten die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik entscheidende Bedeutung für jedes Unternehmen. Weiterhin muß die Gesellschaft die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Profitmacherei liefern. Eine funktionierende Infrastruktur, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte, das Übernehmen der sozialen Unkosten der Industrie sind die Voraussetzungen, soll die Privatwirtschaft gewinnbringend produzieren.

Die dadurch bewirkte Beseitigung des ursprünglichen Prinzips des Kapitalismus, der freien Konkurrenz, birgt jedoch auf die Dauer keine Lösung der Widersprüche in sich. Prof. Heß: „Der dem Kapitalismus eigene Mechanismus funktioniert nicht mehr, das System entwickelt sich nicht mehr auf seine eigenen Grundlagen, nach seiner eigenen Logik, er muß fremde Elemente hereinnehmen, die seine Auflösung ankündigen."

Die kapitalistische ‚Planung' bleibt den Zielen der Privatwirtschaft, der Mehrung und Wahrung des Profits, letzten Endes untergeordnet. Maßnahmen, die diesen Zielen abträglich sind, müssen unterbleiben. Die Bedürfnisse der Massen, Hebung des Massenkonsums, allseitige Bildung des Menschen, bleiben dem Ziel der Sicherung der Bedingungen für die Erwirtschaftung von Profit untergeordnet.

Die sich in diesem Zusammenhang stellende Frage nach der Krise im Kapitalismus tauchte schon am ersten Tage der Konferenz auf. Dr. Maurischat, Mitarbeiter des deutschen Wirtschaftsinstituts, Ostberlin, behandelte sie in einem Diskussionsbeitrag und stellte fest, daß die Situation, in der die BRD sich gegenwärtig befindet, alle Kennzeichen der klassischen Überproduktionskrise aufweist,

wenn diese Kennzeichen auch modifiziert hervortreten. Prof. Heß bestritt in einer Antwort nicht, daß der Kapitalismus nach wie vor krisenhaft entwickelt, meinte jedoch, daß die Hauptfunktion der Krise — Vernichtung überschüssigen Produktionspotentials und Anpassung an den zu eng gewordenen Markt — heute, wenigstens teilweise, vom Staat, etwa durch Vergabe von Rüstungsaufträgen, übernommen wurde.

Auf weiteren, von den Veranstaltern angekündigten Tagungen sollen diese Fragen weiterdiskutiert werden. Die Versuche, die der SDS zusammen mit dem ‚Sozialistischen Bund' 1965 und jetzt die „Marxistischen Blätter" unternommen haben, sollten sobald wie möglich fortgesetzt werden, um in der BRD eine kontinuierliche marxistische Diskussion in Gang zu bringen. Das Protokoll der Tagung wird in Kürze als ein Sonderheft der „Marxistischen Blätter" erscheinen.

Bestellungen an: „Marxistische Blätter", 6 Frankfurt/M., Kurfürstenstraße 8

J. Goldberg

I. Reflexionen über die Kubanische Revolution
II. Faschismus in Amerika

Paul A. Baran
Unterdrückung und Fortschritt
Essays
edition suhrkamp 179
148 Seiten

I. Reflexionen über die Kubanische Revolution

Das besondere Phänomen der Kubanischen Revolution war die schnelle Entwicklung zu einer sozialen Revolution, obwohl sie als rein politische gegen Batista begonnen hatte.

Als führend innerhalb der Revolution wurde die Gruppe der jungen Intellektuellen um Castro angesehen. Ihre Rolle wird jedoch leicht überschätzt, und es war nicht zuletzt Castro selbst, der in einem Interview auf die Bemerkung, die Kubanische Revolution sei ein Zeichen der über die Erde hingehenden ‚Revolution der jungen Völker', antwortete: „Gewiß auch der Jugend, aber vor allem der Arbeiter, der Bauern, der Opfer des Kolonialismus, aller Ausgebeuteten." (S. 16)

Castro bezieht sich dabei weniger auf die Frage, wer die Revolution gemacht hat, als darauf, wessen Interessen sie gedient hat. Die Campesinos, als die tragende Kraft der Revolution, unterschieden sich deutlich von dem, was man das „klassische" Bauerntum des vorrevolutionären Osteuropas und der meisten unentwickelten Länder nennen könnte, da sie:

1. nie eigenen Grundbesitz gekannt hatten;
2. von riesigen kapitalistischen Firmen, nicht von „altehrwürdigen" Feudalherren ausgebeutet worden waren;
3. deshalb ihren Kampf nicht auf Mitbesitz am Lande, sondern auf allgemeine soziale Forderungen konzentrierten und durch landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften das Privateigentum drastisch einschränkten.

Auf Grund der grenzenlosen Ausbeutung des Landes aber konnte die Revolution in ihrer ersten Phase mit der Unterstützung der Mittel- und Teilen der Oberschicht rechnen, die jedoch in dem Moment in offene Feindschaft umschlug, als der soziale Charakter der Revolution erkennbar wurde.

Sehr umstritten ist die Rolle der Arbeiter in den Städten. Gangster und Bürokraten beherrschten, getreu dem amerikanischen Vorbild, den Gewerkschaftsapparat. Die KP taktierte äußerst vorsichtig trotz ihres Einflusses beim Proletariat, da sie polizeilichen Verfolgung und offenem Terror ständig ausgesetzt war und fürchtete, ihre wenigen Kader zu verlieren. Außerdem waren schlechte Erfahrungen mit bürgerlichen Pseudorevolutionären gemacht worden. Erst als die Revolution immer deutlicher über ihre Ausgangsposition hinausging und mit der Verstaatlichung der Betriebe, der unabdingbaren Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft begann, erst von da an unterstützte die KP Castro vorbehaltlos.

Dieser Übergang von der politischen zur sozialen Revolution wäre vielleicht nie in ganzer Konsequenz, sicher aber nicht mit solcher Schnelligkeit vor sich gegangen, hätte es nicht die unverhüllte Feindschaft der USA gegeben, die in dem Augenblick einsetzte, als Kuba nicht mehr bereit war, sich dem Druck der amerikanischen Konzerne bedingungslos zu unterwerfen. Die Pressionen Amerikas erreichten also genau das Gegenteil ihrer beabsichtigten Wirkung: sie wirkten sich als solidarisierender Faktor auf die Bewegung des 26. Juli aus und beschleunigten den Fortgang der Revolution. Mit jedem Schritt über den formaldemokratischen Beginn hinaus verlor die Bewegung aber notwendig noch vorhandene bürgerliche Sympathie und Unterstützung. In diesem Punkt setzte das große Hilfsprogramm der sozialistischen Länder ein und bewies die Richtigkeit der Behauptung, „daß jedes neu zum sozialistischen Lager stoßende Land es leichter hat als seine Vorgänger". (S. 34) Die Möglichkeiten einer konterrevolutionären Entwicklung sind aber auch deshalb äußerst gering, weil:

1. keine Armee vorhanden ist, die bereit wäre, der Regierung in den Rücken zu fallen, und statt dessen
2. 200 000 in Volksmilizen organisierte Arbeiter und Campesinos bei einer solchen von außen getragenen Konterrevolution ein Bürgerkrieg entfachen würden, der einen neuen Weltkrieg und damit die totale Vernichtung heraufbeschwören könnte.

Zum Schluß seiner ‚Reflexionen' untersucht Baran die Rolle, die die USA bisher generell gegenüber sozialrevolutionären Bewegungen überall in der Welt gespielt haben. Auf der einen Seite gab es keinen Diktator, der die volle Unterstützung Amerikas entbehren mußte, solange er das Privateigentum schützte und damit die schrankenlose Ausbeutung durch die US-Konzerne sicherte. Auf der anderen Seite stehen die völkerrechtswidrigen Terrorakte des CIA und die Beseitigung jeder Regierung, die sozialrevolutionäre Schritte wie Agrarreform auch nur in Erwägung zog. Das sonst von den USA so arg strapazierte Völkerrecht blieb dabei auf der Strecke, da sich die USA in ihrem Kampf gegen den Sozialismus an keine internationalen Verpflichtungen gebunden fühlen.

„Heute, da der Klassenkampf auf internationaler Ebene sich abspielt... teilt das Völkerrecht anscheinend das Schicksal allen Rechts: es verkommt zum bloßen Werkzeug in den Händen der Herrschenden und wird je nach deren Bedürfnissen benutzt und beiseite geworfen." (S. 64)

II. Faschismus in Amerika

Im letzten Essay warnt der Autor davor, den Faschismus auf die Merkmale zu reduzieren, unter denen er in Italien und Deutschland in Erscheinung getreten ist. Er legt neue Maßstäbe an, die besonders aktuell deshalb sind, weil sie weitgehend auf die europäischen Länder des ‚Freien Westens' übertragen werden können.

Im folgenden seine wichtigsten Thesen:

„Faschismus ist ein politisches System, das die kapitalistischen Gesellschaften im Zeitalter des Imperialismus, der Kriege, sozialer und nationaler Revolutionen entwickeln. Es ist dazu bestimmt, den Staat als Instrument kapitalistischer Herrschaft zu stärken und ihn den Erfordernissen eines verschärften Klassenkampfes auf nationaler bzw. internationaler Ebene anzupassen." (S. 131)

Die Entfaltung des Faschismus beruht auf einer Reihe von Faktoren, die eng miteinander verbunden sind.

1. „Die Krise des kapitalistischen Systems... hat den kapitalistischen Ländern die Möglichkeit genommen, ihre wirtschaftliche Stabilität sowie ein erträgliches Einkommensniveau ohne eine fortgesetzte Mitsprache der Regierung in ökonomischen Angelegenheiten zu bewahren.

In einem ständig wachsenden Ausmaß muß der Staat einen Markt für die Produkte der Unternehmeraktivität schaffen." (S. 132)

2. „Die Notwendigkeit, ein engermaschiges Kontrollnetz über das Land zu werfen, entspricht der wachsenden Geschicklichkeit der Kapitalisten, konzentrierte wirtschaftliche Macht politisch einzusetzen." (S. 135)

   Die Regierung ist zu dem größten Geschäftsunternehmen im Lande geworden; ihre Bedeutung heute ist die der eigentlichen Schaltstelle der Wirtschaft." (S. 137)

   „Die Spitzenmanager des Kapitals drängen selbst auf die maßgeblichen Posten der Regierung. Männer wie Harriman oder Lovett, McCloy oder Dulles werden so zu Symbolen, in denen sich die Verbindung des Großkapitals mit der Großmacht Staat darstellt." (S. 138)

3. „ Unsere Vollbeschäftigungspolitik, die vorzüglich darin besteht, Geld für Rüstung auszugeben . . ., ist das Ergebnis einer deutlichen Erweiterung des Militärpotentials. Die Generäle, die über allen politischen Parteien zu stehen vorgeben, haben längst Stimme und Macht in den beiden großen Parteien." (S. 138) „Die Vermischung des Großkapitals (Big Business) mit der Großregierung (Big Government) geht einher mit der Vermischung beider mit dem Groß-Barrass (Big Brass)." (S. 139)

4. „Die politische Lebensfähigkeit dieses Kompositums aus monopolkapitalistischer, militärischer und Verwaltungsbürokratie hängt von Rückhalt ab, den es in der Öffentlichkeit findet, von einer soliden Massenbasis. Die Methode, wie diese Massenbasis in einzelnen Fällen gewonnen und befestigt wird, macht den Hauptunterschied der Formen faschistischer Herrschaft aus."

„Da die europäischen Arbeiter in der Tradition einer unabhängigen Arbeiterbewegung aufgewachsen waren und die Lehren der sozialrevolutionären Parteien kannten, stellten sie ein ernsthaftes Hindernis bei der Errichtung eines faschistischen Regimes dar. Die Zerstörung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, die Entmündigung der Gewerkschaften . . . waren daher die unumgänglichen Voraussetzungen für die Errichtung und Stabilisierung der Herrschaft das Faschismus.)' (S. 139 u. 140)

„Von diesem Muster weichen die Versuche, in den Vereinigten Staaten die Öffentlichkeit für den Faschismus bzw. faschistische Intentionen zu gewinnen in einer Reihe wichtiger Punkte ab. Der wichtigste Unterschied besteht wohl darin, daß in den USA die Verwendung eines großen Teils der Staatsausgaben für militärische Zwecke den Lebensstandard der Massen nicht nur aufrecht erhalten, sondern sogar verbessert hat. Dieser Umstand wiegt schwer; er hat den Widerstand des Volkes gegen die Rüstungspolitik wenn auch nicht gebrochen, so doch nachdrücklich vermindert; die Kooperation zwischen Großkapital und Militär wird von der Bevölkerung geduldet und kann auf politische Unterstützung durch die Regierten zählen." (S. 141 u. 142)

„Die ideologische und politische Konsolidierung dieser Zwänge, Verhaltensweisen und Vorurteile schafft die inneren Voraussetzungen für die Außenpolitik der herrschenden Klasse Amerikas . . ." (S. 144)

Von wenigen Details abgesehen, die noch von den ökonomisch fortgeschritteneren amerikanischen Erscheinungen differieren, wird Barans Analyse des Faschismus in Amerika hochaktuell, vergleicht man sie mit den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik: da sind sich die meisten Bilder gleich – auch bei uns findet der Militarismus mit seinen ökonomischen Konsequenzen von Wahl zu Wahl die volle Zustimmung der „Regierten". Da beginnt sich (siehe Krupp Rüstungsindustrie und Staat vollends ineinander zu verflechten, da fangen Generäle (Panitzki und Trettner) an, sich machtvoll in Regierungsfunktionen zu drängen oder machen wenigstens den Versuch dazu – Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus aber haben wir (unseren Verbündeten um eine Nasenlänge voraus) eine faschistische Partei mit unverschleiertem Nazi-Gesicht in unserem Staat, wählbar und gewählt auf dem immergrünen Boden des Grundgesetzes.

Peter Simon

Pro Vietcong – pro Nordvietnam

Aufruf zu einer Spendenaktion

In den allenthalben stattfindenden Diskussionen um den Krieg in Vietnam haben sich die Akzente verschoben. Ging es bislang in erster Linie um die Analyse des Konflikts, seiner Ursachen und seiner Wirkungen und damit auch um die Benennung des Schuldigen – des Aggressors also – so muß heute für die Gegner der amerikanischen Aggression in Vietnam die Frage in den Vordergrund treten, wie der Stellungnahme in diesem Konflikt auf politische Wirksamkeit abzielender Ausdruck verliehen werden kann.

Denn:

Selbst diejenigen, die sich durch die Brutalität des Krieges in ihren moralisch-humanistischen Empfindungen betroffen fühlen und abstrakt „Frieden für Vietnam" fordern, müssen erkennen, daß der bloße moralische Appell gegenüber den Mächten versagen muß, die es sich zum Ziel gesetzt haben, zur Wahrung ihrer imperialistischen Interessen in Vietnam als eines Exempels ein um seine soziale und politische Zukunft ringendes Volk zu liquidieren.

Das Engagement derjenigen, die heute „gegen den Krieg in Vietnam" sind, darf angesichts der drohenden Vernichtung ganz Vietnams und seiner Bevölkerung durch die verbrecherische Politik der USA bei dieser bloßen Feststellung nicht stehenbleiben. Den eindeutigen Sympathieerklärungen der Bundesregierung für den amerikanischen Vernichtungsfeldzug gegenüber gilt es, ebenso eindeutig die Solidarität aller „Gegner des Vietnamkriegs" mit den Zielen und dem Kampf der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams, Nordvietnams und damit der großen Mehrheit des vietnamesischen Volkes zu betonen.

Wie dies u. a. geschehen kann, hat das „Hilfskomitee Vietnam" bewiesen, das auf der Basis von Spendenaufrufen, Sammlungsaktionen usw. Gelder in beträchtlicher Höhe für das Rote Kreuz Nordvietnams und für die Nationale Befreiungsfront Südvietnams zur Verfügung gestellt hat, aus der Erkenntnis heraus, daß Humanität, wenn sie überhaupt in diesem Krieg einen Sinn haben soll, nicht an der Demarkationslinie haltmachen darf. Desgleichen hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund ein Konto eingerichtet und gleichzeitig zu Spendenaktionen aufgerufen, deren Erlös voll und ganz der Nationalen Befreiung zukommt.

Intention und Wirkung beider Aktionen geht – und darin besteht ihre Bedeutung – über die rein finanzielle Unterstützung Nordvietnams und der Befreiungsfront hinaus.

Zusammen mit Demonstrationen, Diskussionsforen und Massenprotesten tragen sie dazu bei, die oppositionellen Strömungen in der BRD durch die gemeinsame Aktion zu einigen und der unter dem amerikanischen Terror leidenden Bevölkerung Vietnams zu zeigen, daß ihr Kampf für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt bei uns verstanden und unterstützt wird.

Allerdings sollte uns unser Engagement für die Sache der vietnamesischen Bevölkerung nicht von unseren Aufgaben in der BRD ablenken. Der Kampf um die Durchsetzung und Erhaltung demokratischer Rechte und sozialen Fortschritts wird an vielen Fronten ausgefochten: in diesem Sinne ist auch die BRD Front, wenn auch mit Bedingungen, die denen in Vietnam nicht vergleichbar sind.

Deshalb: Helft Vietnam!

Postscheckkonto Nr. 316 07 beim Postscheckamt Frankfurt/M. – Spenden unter dem Kennwort: „Vietnam"

DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND e. V.
Unterbezirk Köln, Köln-Sülz, Palanterstraße 5b, Ruf 44 46 16

FREIGEISTIGE VEREINIGUNG KÖLN
(Körperschaft des öffentlichen Rechts)

DIE JUGENDWEIHE

findet Sonntag den 23. Juli 1967 vormittags 10 Uhr in der Stadthalle Köln-Mülheim statt. Mitglieder, Freunde, besonders die Jugend, sind herzlich eingeladen, an der Feier teilzunehmen.

Anmeldungen für die Jugendweihe bitte bald bei

Karl Garbe, Köln, Roonstr. 94, Ruf 23 06 33
Ferdi Hülser, Köln-Höhenberg, Ruf 23 36 23 und 87 83 40
Karl Karioth, Köln-Zollstock, Wallbergerstr. 1
Alfons Künster, Rodenkirchen b. Köln, Weißerstr. 17, Ruf 30 22 40

DIE ANDERE ZEITUNG

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Gewerkschaftsfragen, Wirtschaft und Kultur.

Vierteljahresabonnement DM 7,50 einschl. Zustellgebühr
Probenummern kostenlos

DIE ANDERE ZEITUNG

Verlag: 2 Hamburg 39, Postfach 407 und 408